

# Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 287 · 24. JAHRGANG · AUSGABE 12/2018 · VOM 11. DEZEMBER 2018 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | Eine »Sternstunde der Demokratie« in Eberswalde  
Bürgerbegehren wurde festgestellt

7 | Eine Allee, wie zu Zeiten der Postkutsche  
»Schönste Allee« mit Hindernissen

14 | Großes Interesse für hohe Ansprüche  
1. Brandenburger Buchmesse

## Mit dem Kopf durch die (Beton)-Wand

Fixe Idee des Eberswalder Bürgermeisters führt zu sinnlosen Zerstörungen im Brandenburgischen Viertel



Foto: JURGEN GRAMZOW

Noch steht der Block in der Cottbuser Straße im Sonnenlicht, aber nicht mehr lange. Zum Abriß soll es ein Kulturprogramm geben. Ein Trauergottesdienst wäre angebracht.

**Ein frischer Wind soll im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde wehen. Dazu hat die Geschäftsführung der Wohnungsbaugenossenschaft (WBG) den Slogan »Brand.Vier« erfunden, mit dem sie seit einigen Monaten auf Werbetour geht. Zunächst wird dieser »frische Wind« jedoch erst einmal nur die Staubwolken der Abrißbagger durch das Brandenburgische Viertel blasen.**

Es war schon länger geplant, nun ist es amtlich: Unter der Überschrift »Ab Januar sollen die Bagger rollen« berichtete Anfang Dezember die lokale Tageszeitung von der gesicherten Finanzierung des Abrisses mehrerer Wohnblöcke durch Fördermittel in Höhe von 340.000 Euro. Dies entspricht etwa 94 Prozent der gesamten Abrißkosten.

Rückgebaut, wie es leicht umschrieben heißt, sollen insgesamt 90 Wohnungen in der Cottbuser Straße 25-31 sowie der Brandenburger Allee 27-35. Pro Wohnung »investiert« die Genossenschaft also 4.000 Euro, um das Eigentum ihrer Mitglieder zu zerstören.

Im Vergleich dazu gibt die städtische Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG) die durchschnittlichen Kosten für die Wiedernutzbarmachung einer leer stehenden Wohnung mit 4.700 Euro an\*. Bei der WBG hieß es, die Herrichtung von Leerwohnungen würde etwa 5.000 bis 8.000 Euro kosten. Zumindest einen Wohnblock hätte man also mit den Abriß-»Investitionen« in einen vermietbaren Zustand bringen können. Aber der WBG-Finanzvorstand GUIDO NIEHAUS vertritt die Meinung, für die 90 Wohnungen gebe es momentan keinen Markt. Belastbare Fakten muß er für seine Behauptungen nicht vorbringen. Soweit reicht die satzungsmäßig vorgeschriebene Rechenschaftspflicht der Genossenschaftsvorstände gegenüber den Mitgliedern der Genossenschaft nicht (vgl. Seite 6).

In fünf Jahren könnte das ganz anders aussehen. Mittlerweile pfeifen es die Spatzen von den Dächern, daß die Wohnungsnot der Hauptstadt mittlerweile auch in Eberswalde für eine deutlich erhöhte Nachfrage nach Mietwohnungen sorgt. Private Investoren reagieren aktuell mit Neubauvorhaben wie in Westend. Zwei Tage nach dem oben erwähnten Bericht informierte die gleiche Zeitung, daß die städtische WHG

zum einen durch Sanierungen ihre Leerstandsquote senken will und zugleich 6,4 Millionen Euro in den Neubau eines Mehrfamilienhauses in Finow. Bürgermeister Friedhelm Boginski ist zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der WHG. Er äußerte sich in dem erwähnten Beitrag sehr wohlwollend über den Abriß bei der Genossenschaft. Die Lokalpresse zitierte den Hauptverwaltungsbeamten, es sei seine persönliche Intention, die stadtweite Leerstandsquote bis zum Ende seiner Amtszeit auf sechs Prozent zu reduzieren und man sieht ihn förmlich vor sich, wie er fröhlich der WHG-Konkurrenz den Bescheid mit den Abriß-Fördermitteln überreicht. Schon bisher funktionierte die »Bereinigung des Wohnungsmarktes« vorrangig durch die Vernichtung von genossenschaftlichem Wohneigentum. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Das in diesem Jahr vom Aufsichtsrat der städtischen WHG beschlossene Mieterhöhungskonzept will der Bürgermeister nicht so nennen. Schließlich gehe es darin ja auch um andere Dinge (Bürgermeister Boginski in der Antwort auf eine Anfrage des Finower Einwohners Albrecht Triller). Das Wohnungsangebot zu Lasten der Konkurrenz zu verknappten, um so angesichts des erwarteten Zuzugs aus Berlin kräftig an der Mietenschraube zu drehen, paßt jedenfalls sehr gut zur städtischen Mieterhöhungsstrategie.

Durch die Zerstörung der gewachsenen Strukturen im Brandenburgischen Viertel kann jedenfalls das Image des Kiezes mit vielen jungen Familien nicht aufgewertet werden, wie es die Genossenschaft mit dem neuen Slogan »Brand.Vier« es eigentlich vorhat. Drei Brände sind genug.

JÜRGEN GRAMZOW und GERD MARKMANN

\* Hans-Jürgen Adam u.a.: »Wohnen und Mieten bei der WHG«, Eberswalde 2018

## Das Loch

Ein mysteriöses Loch im Pflaster einer Nebenstraße nahe dem Stadtzentrum beherrschte knapp zwei Wochen die Berichterstattung der Eberswalder lokalen Medien, zumindest die der örtlichen Tageszeitung, deren Lokalredaktion unweit des Ereignisses ihren Sitz hat.

Am 21. November hatte ein aufmerksamer Bürger eine Unterspülung in der Weinbergstraße entdeckt und die Feuerwehr gerufen. Es dauerte eine Weile, bis die Ursache klar war. Die Zwei-Zentimeter-Lücke zwischen zwei Regenentwässerungsröhren wurde schließlich am 3. Dezember repariert. Zwölf Tage, die die Welt veränderten. Zumindest das Heimatblatt hatte die Bedeutung erkannt und dem Ereignis in den anderthalb Wochen acht Beiträge mit insgesamt rund 300 Zeilen Text und vier zum Teil großformatige Fotos gewidmet. Respekt!

Künftig wird es gewiß häufiger zu solchen Havarien kommen. Allein deshalb war es wichtig, so ausführlich darüber zu informieren. Denn Eberswalde verfügt, wie es ein Fachmann ausdrückte, gerade im Bereich des Weinberggrabens »über eine interessante Hydrologie«. Beim Weinberggraben handelt es sich um den alten Lauf der Schwärze. Zur Betreibung der Mühlen und Hammerwerke am Weidendamm und im Bereich der heutigen Straßenkreuzung an der Friedensbrücke wurde die Schwärze im Mittelalter begradigt, höher gelegt und in das heutige Flußbett auf dem Kienwerder umgeleitet. Der Weinberggraben blieb, um das Sickerwasser vom nördlichen Hang des Schwärzetal aufzunehmen. Im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert wurde der Bereich mit Wohnhäusern bebaut. Um mit der Hydrologie klar zu kommen, wurden unter den Straßen Drainageröhren verlegt, die zugleich der Regenentwässerung dienen. Auch der Weinberggraben, Rest des einst stolzen Baches, wurden zum größten Teil verrohrt, so daß der alte Verlauf der Schwärze aus dem öffentlichen Bewußtsein verschwand. Zuweilen wundern sich die Leute, wenn dort nach starkem Regen Teile der Straßen unter Wasser stehen.

In Abhängigkeit von den Bedingungen in ihrer Umgebung bewässern oder entwässern die Drainagen. Um die Rohre bildet sich regelmäßig eine Kolmation durch Eisenoxid (Ocker), das dort ausfällt. Solange das Eisenoxid naß ist, dichtet es gut ab. Wird das Ocker jedoch einmal trocken, dann schrumpft es und die Rohre werden undicht. Auch wenn es wieder nasser wird, kann der geschrumpfte Ocker nicht wieder aufquellen und Wasser tritt aus. Über die Folgen hat die Heimatzeitung ausführlich berichtet, ohne dem Phänomen auf den Grund zu gehen.

Wir haben es hier mit einer klassischen Folge des trockenen Sommers zu tun. Fast scheint es, als wolle sich die verschüttete Vergangenheit wieder bemerkbar machen.

Weitere Löcher sind zu erwarten.

GERD MARKMANN

## Bürgerbegehren ist zustande gekommen

Bedeutendes Ereignis der direkten Demokratie

**Eberswalde (bbp).** Die Eberswalder Stadtverordneten haben auf ihrer Sitzung am 22. November 2018 das Zustandekommen des Bürgerbegehrens »zur Wiederherstellung der bis Herbst 2016 geltenden Verkehrsführung in der Heegermühler Straße« festgestellt. Drei Stadtverordnete bezweifelten die Angaben des Wahlleiters Robby Segebarth und stimmten mit »Nein«, zwei Stadtverordnete enthielten sich der Stimme.

Die Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« bezeichnete den Stadtverordnetenbeschluß als »Sternstunde der Demokratie«. Immerhin ist es das erste Bürgerbegehren, das in Eberswalde zu einem Sachthema durchgeführt wurde und das zweite überhaupt. Seit dem ersten Bürgerbegehren, bei dem es um die Abwahl des damaligen Bürgermeisters ging, sind schon 23 Jahre ins Land gegangen.

Von den lokalen Medien informierte bisher lediglich ein wöchentlich erscheinendes Anzeigenblatt in einer kurzen Notiz über diesen Höhepunkt der direkten Demokratie in Eberswalde. Um das Informationsloch zu füllen dokumentieren wir in dieser Ausgabe die Wortmeldungen von Mitgliedern der Bürgerinitiativ-

ve in der Einwohnerfragestunde. Sie äußerten sich zur Abstimmung, machten Vorschläge und gaben eine erste Stellungnahme zu dem kürzlich präsentierten Verkehrssicherheitsaudit zur Heegermühler Straße. (Seite 4)

Im Vorfeld hatte die Bürgerinitiative gebeten, die fast am Ende der Tagesordnung eingeordnete Beschlußfassung vorzuziehen. Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Volker Passoke trug die Bitte wunschgemäß vor und die Stadtverordneten stimmten dem mehrheitlich zu.

»Wir danken den Stadtverordneten für ihren mehrheitlich sachlichen Umgang mit unserem Begehren«, heißt es in einer Pressemitteilung der Initiative. Sie hoffe darauf, daß die Stadtverordnete »sich unser Anliegen zu eigen machen, um möglichst zügig zu vernünftigen Verkehrslösungen in der Heegermühler Straße zu kommen«.

Aktuell prüft die untere Kommunalaufsicht des Landkreises Barnim die formale Zulässigkeit des Begehrens. Falls die Stadtverordneten untätig bleiben, wird es dann zu einem Bürgerentscheid kommen.

Weitere Informationen auf <http://radwege.alternative-eberswalde.de/>

## Barnimer Kulturpreis 2018 ausgeschrieben

Kreisverband und Kreistagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Barnim schreiben den Barnimer Kulturpreis 2018 aus. Der Preis ist wieder mit 750 Euro dotiert. Das Preisgeld stiften Mitglieder der Kreistagsfraktion und der grüne Landtagsabgeordnete Axel Vogel.

Bewerben können sich ehrenamtlich tätige Kulturschaffende, Vereine und Initiativen, die bereits über einen längeren Zeitraum zur Bereicherung des kulturellen Angebotes im Landkreis Barnim beitragen. Die Kulturangebote können sich sowohl an Kinder und Jugendliche als auch an Erwachsene richten. Die eingereichten Vorschläge sollten eine anschauliche

Darstellung des kulturellen Wirkens sowie den Zeitraum der Aktivitäten enthalten.

Bewerbungen können bis zum 21. Dezember in der Geschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen in der Friedrich-Ebert-Str. 2, 16225 Eberswalde, eingereicht werden. Zulässig sind Eigenbewerbungen und qualifizierte Auszeichnungsvorschläge.

Die Bewertung erfolgt durch eine Jury, bestehend aus Vertretern von Bündnis 90/Die Grünen und aus dem Barnimer Kulturbereich.

KARL-DIETRICH LAFFIN,

Sprecher des Regionalverbandes Oberbarnim

## Sven Weller kandidiert für Landtag

**Sven Weller tritt für BVB/Freie Wähler bei der kommenden Wahl des Landtages Brandenburg an. Der Schorfheider bewirbt sich um das Direktmandat im Wahlkreis 13 (Eberswalde, Schorfheide, Joachimsthal).**

Der gelernte Konstruktionsmechaniker war im Frühjahr der Kandidat für die Listenvereinigung BVB/Freie Wähler bei der diesjährigen Landratswahl im Barnim und konnte mit 18,1% der Stimmen einen großen Erfolg verbuchen, der auch Rückenwind für die kommende Wahl geben soll.

Als Sachkundiger Einwohner des Kreistages Barnim wirbt Weller vor allem für eine stärkere Förderung des ländlichen Raumes, damit Infrastruktur, Ärzte und Schulen überall erhalten bleiben. Zuletzt hat er maßgeblich an dem Vorschlag mitgearbeitet, Möglichkeiten für den so-

zialen Wohnungsbau im Barnim zu prüfen. Zugleich ist der 43-Jährige ein vehementer Verfechter des ÖPNV-Ausbaus als Teil der Daseinsvorsorge und weiß mit Konzepten und zahlreichen Vorschlägen zu punkten. Zugleich will er sich gegen die Errichtung weiterer Windräder einsetzen. Der Erhalt der Umwelt ist ihm ein Herzensanliegen.



PÉTER VIDA

## Sozialer Wohnungsbau in Kreisregie **Der Torberg**

**Eberswalde (bbp).** Wohnen ist ein Grundrecht und der Landkreis Barnim ist verpflichtet, dieses Grundrecht jedem Bürger unabhängig von seiner finanziellen Situation zu ermöglichen. Davon ausgehend hatte die Fraktion BVB/Freie Wähler dem Kreistag vorgeschlagen, die Möglichkeiten eines kreiseigenen sozialen Wohnungsbaus zu prüfen. Sven Weller, sachkundiger Einwohner, und der Fraktionsvorsitzende Thomas Strese sehen in einer möglichen neuen kommunalen, kreislichen Wohnungsbau- und Vermietungsgesellschaft die Chance, der sukzessiven Abnahme bestehender Mietpreisbindungen und Wohnungsbelegungsrechte auch im ländlichen Raum und einer steigenden Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum im unteren Mietpreisbereich durch entsprechende Angebote zu begegnen.

Mit ihrem Vorstoß wollen BVB/Freie Wähler zugleich frühzeitig politische Möglichkeiten aufzeigen, um die bereits einsetzende Verdrängung von Süd- nach Nord-Barnim zu berücksichtigen.

Im Rahmen der zu prüfenden Optionen für einen sozialen Wohnungsbau im ländlichen Barnim sollen alle Vor- und Nachteile und mögliche Formen der Zusammenarbeit mit bestehenden kommunalen Wohnungsbau- und Vermietungsgesellschaften, den Kommunen, kirchlichen Einrich-

tungen und privaten Trägern ausgelotet und dabei mögliche Varianten wie beispielsweise Baugenossenschaft, kreiseigene GmbH, Eigenbetrieb, Zweckverband oder gemeinsame kommunale Anstalt betrachtet werden.

*»Es ist auch die Aufgabe der Barnimer Politik, für große Familien, Ältere und junge Barnimer, Menschen mit körperlichen Handicaps, Studenten und Auszubildende und neue Zuzügler solchen Wohnraum auch in naher Zukunft bereitzustellen. Durch den sehr angespannten Wohnungsmarkt in Berlin im sozialen Bereich wie auch im bezahlbaren Mietpreissegment ist die Bundeshauptstadt in der Zukunft noch mehr auf das Umland angewiesen. Der Barnim spürt bereits bis nach Oderberg hinein diesen massiven Verdrängungs- und Zuzugsdruck.«*

Weller und Strese sehen einen sozialen Wohnungsbau im Barnim nicht nur als dringliche Aufgabe, sondern auch als große Chance an. So bietet der nördliche Barnim insgesamt wie auch der ländliche Raum im Besonderen große Chancen, einem nachteiligen demografischen Wandel durch Zuzug entgegenzuwirken. Dies stärke letztlich auch den Landkreis Barnim und seine Kommunen. Eine Mehrheit im Kreistag verwies den Antrag auf der Sitzung am 5. Dezember zur weiteren Behandlung in die Ausschüsse.

### Ein Aufruf mit Preisgeld

Die Sanierung der Deponie Ostend im gleichnamigen Stadtteil liegt in den letzten Zügen. Die Arbeiten gehen flott voran, wie Anwohner der Ostender Höhen wochentäglich sehen, hören und spüren können. Im nächsten Jahr sollte die Rekultivierung planmäßig mit dem vierten Bauabschnitt abgeschlossen werden. Dann bedeckt ein kurzer Rasen die ausgeformte Deponie.

Der begrünte Müllberg überragt mit 71 m die Umgebung und ist schon jetzt die höchste Erhebung auf dem Gebiet der schönen Stadt Eberswalde. Von oben sieht er aus wie ein umgedrehtes, kurzes Boot, daß kieloben wie durch eine gewaltige Flut angespült am Rand des unteren Finowtals liegt.

Der neue Torberg ist von allen Stellen der Gemarkung Eberswalde aus gut zu sehen und bietet von seinem Plateau eine phantastische Aussicht weit über die Stadtgrenzen hinaus. Das umgedrehte Boot bewacht sozusagen wie ein archaischer Wächter den östlichen Eingang der Stadt. Das gleichsam gestrandete Boot ist das erste, was der Bahnreisende sieht, wenn er das Territorium der Stadt Eberswalde von Niederfinow kommend erreicht. Seine gewaltigen Ausmaße und der beachtliche Höhenunterschied von 65 Metern offenbaren sich Radfahrern und Wanderern, die die Ragöser Schleuse überquerend, den Weg Am Eichwerder nehmend in die Stadt kommen.

Leider fehlt dem neuen Tor zur Stadt bisher ein einprägsamer Name. Müllberg oder Müllkute, auch höflicher Deponie oder Recyclingberg genannt, treffen nach Abschluß der Arbeiten nicht mehr zu. Und ehemaliger ... geht gar nicht. Die Arbeiten sind im nächsten Jahr abgeschlossen und das gestrandete Boot wird, so wie es in der Landschaft seinen Platz gefunden hat, auch seinen Platz in der Sprache und den Gedanken der Menschen finden.

Leider konnten sich Eigentümer, Betreiber, Planer und Beschäftigte mit samt ihren Gewerkschaften, Parteien, Subunternehmern und Freunden noch nicht auf einen treffenden Namen einigen. Die Findung eines passenden Namens für das östliche Tor der Stadt Eberswalde erscheint somit als klassische Aufgabe für interessierte Einwohner, Zugezogene und Gäste.

Deshalb rufen wir hiermit zum Wettbewerb um den Namen des Eberswalder Torberges auf.

Bitte schicken sie uns Ihre Vorschläge bis einschließlich 21.03.2019 mit Ihrem Namen versehen zu (Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde). Eine Jury der Barnimer Bürgerpost wird nach eingehender Prüfung drei Namen für die Abstimmung auswählen. Die Einsender der ausgewählten Vorschläge erhalten ein Jahr lang die Barnimer Bürgerpost kostenlos frei Haus. Den siegreichen Namen werden wir mit all unseren Mitteln verbreiten, denn soviel Zeit muß sein.

Dr. MANFRED PFAFF, Altenhof



Die Wohnanlage mit zwei Hochhäusern an der Heegermühler Straße 14a und 14b hat das Potential zur ersten geschlossenen Wohnanlage in Eberswalde zu werden. An drei Seiten ist das Grundstück unzugänglich und rechterhand der Häuser wird sich die Tiefgarageneinfahrt befinden. Bleibt nicht mehr viel Platz, um auf das Grundstück zu gelangen. Dieser könnte leicht mit einem Zaun und einem abschließbaren Tor gesichert werden. Da diese Vorgehensweise bei Neubauprojekten bundesweit durchaus üblich ist, darf man auf den Bezugstermin im Sommer gespannt sein. Eine »Gated Community« für Senioren gibt es schon in der Ringstraße; allerdings sind das Alten- und Pflegeheime der AWO. Die Nettokaltmieten in den Westend-Hochhäusern sollen – weit entfernt von sozialen Mieten – zwischen acht und 9,50 Euro pro Quadratmeter liegen.

Foto: JURGEN GRAMZOW

## Amadeu-Gedenken und »Institutioneller Rassismus«

**Eberswalde (bbp).** Am 6. Dezember trafen sich anlässlich des 28. Todestages von Amadeu Antonio etwa 50 Menschen an der Gedenktafel vor der einstigen Chemischen Fabrik in der Eberswalder Straße. Zuvor war vom 25. November bis zum 5. Dezember in der Mariamagdalenen-Kirche die Ausstellung Kein

schöner Land – Todesopfer rechter Gewalt in Brandenburg zu sehen. Am 10. Dezember gibt es anlässlich des Tages der Menschenrechte um 19 Uhr Impulse und Gespräche zum Thema »Institutioneller Rassismus – benennen, anerkennen, beseitigen« im Martin-Luther-Saal in der Kirchstraße 6 in Eberswalde.

# »Sternstunde der Demokratie«

Wortmeldungen der BI »Radwege in Eberswalde in der Einwohnerfragestunde der Stadtverordnetenversammlung am 22. November

Wir erleben heute eine Sternstunde der Demokratie. Die Feststellung, daß das Bürgerbegehren zustande gekommen ist, ist hinsichtlich der Bedeutung für die kommunale Demokratie vergleichbar mit der Hauptsatzung und der Haushaltssatzung, die heute ebenfalls auf der Tagesordnung stehen.

Es ist das erste Bürgerbegehren in Eberswalde, das zu einem Sachthema durchgeführt wurde. Bisher gab es in Eberswalde erst ein Bürgerbegehren, mit dem 1995 erfolgreich ein Bürgerentscheid zur Abwahl des damaligen Bürgermeisters initiiert wurde. Hinter dieser Feststellung verbirgt sich ein wesentlicher Aspekt. Das

Bürgerbegehren ist ein Instrument der direkten Demokratie in der BRD auf kommunaler Ebene. In wichtigen Angelegenheiten können die Bürger einen Bürgerentscheid beantragen.

Dafür müssen namentlich die Bürger, die das Bürgerbegehren mit ihrer Unterschrift tragen, unbedingt und ausdrücklich gelobt werden. Dazu gehört auch eine transparente Information über den behördlichen Ablauf.

Mit dem Bürgerbegehren hat die Bürgerschaft in der für sie wichtigen Sachfrage die Entscheidungsmacht von den Stadtverordneten direkt in ihre eigenen Hände genommen. Vergleicht man die gültigen Unterschriften mit

den Stimmen der stärksten Fraktion bei der Kommunalwahl zur Eberswalder Stadtverordnetenversammlung, dann kommt die derzeit stärkste Fraktion nur auf 69 Prozent unserer Stimmen.

So gesehen sind wir derzeit die stärkste politische Macht in Eberswalde.

Dr. ULRICH POFAHL

Anmerkung des Autors: Die Linke erhielt bei der 2014er Kommunalwahl 7075 Stimmen, wobei jeder Wähler zur Kommunalwahl über 3 Stimmen verfügt; unsere 3433 Unterschriften entsprechen demnach also  $10.289 \text{ Stimmen} \cdot \frac{7.075}{10.289} \cdot 100\% = 69\%$ .

## Radwege solide finanzieren

Heute entscheiden Sie darüber, daß unser Bürgerbegehren zur Wiederherstellung der Verkehrsführung in der Heegermühler Straße zustande gekommen ist.

Die Rücknahme der Maßnahme kann natürlich nur ein Anfang sein. Die Heegermühler Straße muß für die Anlieger und die Kunden der dortigen Geschäfte durch sichere und komfortable Radwege erschlossen werden. Platz dafür ist fast überall vorhanden.

Das Radnutzungskonzept von 2015 setzt die Priorität von »Radschnellverbindungen« entlang der Bundes- und Landesstraßen. Wir wollen, daß künftig intelligent geführte Radwege zwischen den einzelnen Stadtteilen im Vordergrund stehen. Für diese Radwege, möglichst abseits der Autostraßen, können sehr gut bestehende Wege zwischen den Stadtteilen und Wohngebietsstraßen mit wenig Verkehr genutzt werden.

Dafür müssen auch die entsprechenden Finanzen bereitgestellt werden. Das Radnutzungskonzept bezifferte 2015 den Gesamtbedarf bis 2030 mit 13,1 Millionen Euro, davon 6,3 Millionen Euro an kommunalen Eigenmitteln. Das entsprach einem jährlichen Eigenanteil der Kommune von 420.000 Euro.

Bisher wurde nur ein Bruchteil davon tatsächlich aufgewendet.

Der Investitionsstau ist seit 2015 weiter angewachsen. Auch im Entwurf für den städtischen Haushalt 2019 liegen die geplanten Ausgaben für Radwege – soweit ersichtlich – weit unter dem Notwendigen.

Bereits im Dezember 2017 hat die Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt eine Erhöhung des jährlichen Radwege-Budgets im städtischen Haushalt angeregt. Daran knüpfen wir an und schlagen vor, im Haushaltsplan 2019 ein Radwege-Budget von mindestens 500.000 Euro einzustellen.

Ausdrücklich angemerkt sei, daß hier der städtische Eigenanteil gemeint ist.

SABINE GROßNICK

## Alternative Radwegtrassen

Vor kurzem berichtete die Presse über das Ende der Sicherungs- und Sanierungsarbeiten auf einem Teilgelände der ehemaligen Dachpappenfabrik.

Für fast zwei Millionen Euro wurden etwa anderthalb Hektar Grund und Boden in bester Lage zur weiteren Nutzung entzogen. Das ist gewiß berechtigt angesichts der dort vermuteten Altlasten.

Die Totalsperrung ist hingegen nicht nachvollziehbar. Die Altlastenfläche der ehemaligen Chemischen Fabrik konnte wenigstens als Parkplatz nachgenutzt werden. Parkplatzbedarf gibt es in Bahnhofsnähe zweifellos. Zumindest hätten die Verantwortlichen mit ein bißchen gutem Willen die Trasse für einen Geh- und Radweg zwischen dem Luisenplatz und dem Bahnhof vorhalten können.

Hier wurde eine Chance vertan.

Im kommenden Jahr werden die Eberswalderinnen und Eberswalder in einem Bürgerentscheid über die Verkehrsführung in der Heegermühler Straße abstimmen. Am Ergebnis dürfte niemand Zweifel haben.

Daher sollte jetzt über alternative Radwegtrassen, abseits von den entlang der Bundes- und Landesstraßen geplanten »Radschnellverbindungen« nachgedacht werden.

Die Verbindung zwischen dem Brandenburger Viertel über das Drehnitz-Waldgebiet und die Wohngebietsstraßen in Westend bis zum Luisenplatz und von dort direkt zum Bahnhof ist so eine alternative Trasse.

Das Grundstück westlich des Bahnhofs weist zudem erhebliche Potentiale für Pendlerparkplätze – einschließlich Fahrradstellplätzen – auf und könnte mittels Verlängerung der Bahnsteigunterführung direkt an den Bahnverkehr angeschlossen werden.

Wir, die »Bürgerinitiative Radwege in Eberswalde«, werden uns dafür einsetzen!

GUIDO PENZ

## Audit stützt Begehren

Im Oktober wurde das vor anderthalb Jahren angekündigte Verkehrssicherheitsaudit für die Heegermühler Straße präsentiert.

Wir – also die Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« – haben uns den Schlußbericht zum Audit von Professor Herbert Stadt beim Landesbetrieb für Straßenwesen besorgt, ihn eingehend studiert und die Inhalte analysiert.

Im Ergebnis können wir feststellen, daß das Gutachten unsere Auffassungen, die dem Bürgerbegehren zugrunde liegen, vollumfänglich stützt.

Die »hohe Belastung im werktäglichen Kfz-Verkehr auf der Heegermühler Straße«, schreibt der Professor, liegt »im Grenzbereich für die Anwendung von Schutzstreifen«. Er stellt auch fest, daß die neuen Regelungen die Verkehrsteilnehmer »verwirren« und sie nicht erkennen können, wie sie fahren können und sollen. Es werden die häufigen Halte der durchfahrenden Fahrzeuge kritisiert, weil das die Verkehrssicherheit beeinträchtigt sowie zu unnötigen Schadstoff- und Verkehrslärmmissionen führt.

Und – wie aus der Unfallstatistik im Audit hervorgeht – haben Unfälle mit Personenschaden zugenommen. Dabei wurde der schwere Busunfall mit vielen Verletzten im Kreuzungsbereich Boldtstraße ausdrücklich nicht mitgezählt.

Das Audit bestätigt also, was wir seit zwei Jahren immer wieder sagen und was die Einwohnerinnen und Einwohner tagtäglich erleben: Die Reduzierung der Fahrstreifen war angesichts des hohen Verkehrsaufkommens ein Fehler. Die Folge sind Chaos, mehr Schadstoffe und erhöhte Unfallgefahr. Diese Maßnahme muß schleunigst zurückgenommen werden, um den Weg für wirkliche Verbesserungen des Radverkehrs frei zu machen.

Die Stadtverordneten haben es in der Hand, das Verfahren zu beschleunigen. Sie könnten dies tun, wenn sie die mit dem Bürgerbegehren verlangte Maßnahme selbst beschließen. Wir würden das sehr begrüßen.

GERD MARKMANN

**Alle Räder stehen still,  
wenn Dein starker Arm das will!**

## Neuordnung der Ortsteile vor dem Aus?

Wahl von Ortsbeiräten im Frühjahr 2019 ist noch möglich

**Eberswalde (bbp).** Als die Eberswalder Stadtverordneten am 22. November zu ihrer vorletzten Sitzung im Jahr 2018 zusammenkamen, lag eine Stellungnahme der Stadtverwaltung vom Vortag auf dem Tisch, die sich mit der bereits im August eingebrachten Beschlüßvorlage zur Schaffung von Ortsbeiräten und der Neuordnung der Ortsteile befaßte.

Die Einreicherfraktionen DIE SPD und Unabhängiges Wählerbündnis Eberswalde hatten zur Betreuung der Ortsbeiräte die Schaffung einer halben Stelle vorgeschlagen. Dies erachtet die Verwaltung als nicht ausreichend. »Die zu erstellenden Protokolle«, schreibt die Amtsleiterin des Bürgermeisterbereichs Nancy Kersten, »müssen bestimmten Anforderungen und Kriterien genügen und das Personal muß nicht nur im Bereich der Erstellung von Niederschriften, sondern auch kommunalrechtlich geschult sein. Deshalb sollte die Arbeitsweise der der Fachausschüsse entsprechen.«

Die Verwaltung äußert zudem Zweifel, ob die elf vorgeschlagenen Ortsteile ausreichend groß seien und hinsichtlich der räumlichen Trennung den Anforderungen entsprechen würde.

Vor allem aber machte die Verwaltung geltend, daß die Neuordnung der Ortsteile »auf eine Aufhebung der bisherigen Ortsteile Eberswalde 1 und 2« abziele. Für eine solche Aufhebung sei ein Bürgerentscheid nötig, fand das städtische Rechtsamt heraus.

Dies bedeutet im Prinzip eine Umkehrung der eigentlichen Intentionen dieser Regelung in der Kommunalverfassung. Denn damit soll die Einschränkung und Abschaffung von Einwohnerrechten erschwert werden. Der Wortlaut erlaubt es aber auch, mit derselben Rege-

lung eine Erweiterung von Einwohnerrechten zu erschweren, obwohl kein Ortsteil »aufgehoben« wird, sondern lediglich kleinere und überschaubarere Strukturen geschaffen werden sollen.

Aber natürlich werden solche Möglichkeiten dann auch ausgenutzt. Alle weiteren Punkte hält die Verwaltung realisierbar.

Die Einreicherfraktionen zeigten sich überrascht, nicht zuletzt weil die Verwaltungsstellungnahme erst drei Monate nach Einreichung erfolgte. Offenbar gibt es nun Überlegungen, zunächst auf die Neuordnung der Ortsteile zu verzichten und sich auf die Schaffung von Ortsbeiräten zu konzentrieren. Nur so scheint es möglich, daß zur Kommunalwahl im Mai 2019 auch Ortsbeiräte gewählt werden können. Ohne Auswirkungen bliebe der Verzicht auf eine Neuordnung für das Brandenburgische Viertel und die drei dörflichen Ortsteile Sommerfelde, Tornow und Spechthausen, während den Einwohnern der Clara-Zetkin-Siedlung, von Nordend, Westend, dem Leibnizviertel sowie Ostende ein eigener Ortsteil verwehrt bliebe.

Die Entscheidung über die Beschlüßvorlage fällt am 18. Dezember in der Stadtverordnetenversammlung. Notwendig ist eine Zweidrittelmehrheit der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten. Das heißt, es müssen 25 Stadtverordnete mit Ja stimmen.

Der amtierende Verwaltungsdezernent Stefan Müller hatte bereits im September darauf hingewiesen, daß wegen der gesetzlichen Fristen für die Kommunalwahl »spätestens in der Dezembersitzung ein Beschlüß über die Anpassung der Hauptsatzung gefaßt werden« müsse.

## »Richtungspfeile auf Fahrradschutzstreifen«

**Eberswalde (bbp).** Die Bürgerfraktion Eberswalde hat in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung (StVV) einen Vorstoß zum Thema Fahrradschutzstreifen gewagt. Die Stadtverwaltung solle prüfen, heißt es in der Beschlüßvorlage, über die am 18. Dezember die Stadtverordneten entscheiden, »ob Richtungspfeile auf den Fahrradschutzstreifen im gesamten Stadtgebiet aufgebracht werden können«.

Anlaß ist die Beobachtung, daß häufig Radfahrer auf den markierten Schutzstreifen in entgegengesetzter Richtung unterwegs seien.

In Eberswalde gibt es derzeit neun Straßen mit solchen Schutzstreifen, informierte die Verwaltung in der Sitzung des Bauausschusses, der bereits am 4. Dezember tagte. Pro Straße würde die Markierung 3000 bis 5000 Euro kosten. Insgesamt also etwa 36.000 Euro. Das reichte der Ausschußmehrheit als Argument, um den Antrag mehrheitlich abzulehnen.

Vertreter der Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« äußerten sich erleichtert. »Das Aufmalen zusätzlicher Richtungspfeile würde nur

weitere Scheinsicherheit suggerieren. Wer mit dem Rad solche Radschutzstreifen verkehrt befährt, macht das völlig bewußt und wird sich auch von Richtungspfeilen nicht abhalten lassen.« Die BI kritisiert vor allem, daß sich die Bürgerfraktion mit ihrem Vorstoß auf einen Nebenschauplatz konzentriert und den »eigentlichen Unsinn einiger Radstreifen, wie in der Heegermühler Straße, noch zementiert«.

## Die Frage der Sicherheit

*Die Frage der Sicherheit, in aller Munde,  
Macht ja überall die Runde.  
Wenn reich und arm beständig wachsen,  
Braucht man von Sicherheit nicht schwatzen.  
Die einen im Reichtum fast ersticken  
Während Hungernde den Tod erblicken.  
Wären wir beides zu verhindern bereit,  
Wäre das für die Menschen weltweit  
Die allergrößte Sicherheit*

DIE ROTE OMA

Vorschlag für Bernau:

## Stärkung der Ortsteile

BVB/Freie Wähler Bernau sprechen sich für eine Stärkung der Ortsteile der Stadt aus. Hierzu soll eine in Bernau kaum beachtete Bestimmung der Brandenburgischen Kommunalverfassung genutzt werden. So bestimmt § 46 Abs. 3, 3a, 6 BbgKVerf, daß die Gemeinden die Möglichkeit haben, zu regeln, daß Ortsteile in sie betreffenden Angelegenheiten verbindlich entscheiden können und die Stadtverordnetenversammlung diese Beschlüsse nur binnen 8 Wochen und zwar mit absoluter Mehrheit der gesetzlichen Mitglieder aufheben kann.

Dadurch wird die Rolle der Ortsbeiräte deutlich gestärkt. Sie würden somit nicht mehr nur Empfehlungen aussprechen, denen die StVV folgen kann, sondern sie würden verbindliche Beschlüsse fassen, die nur mit einer qualifizierten Mehrheit gekippt werden können. Somit könnten die Entscheidungsträger vor Ort über Angelegenheiten der Ortsbildpflege, Straßenunterhaltung, Nutzung öffentlicher Einrichtungen und andere ortsteilbezogene Anliegen mit einer höheren Durchsetzungskraft befinden. Andere Orte wie etwa Wandlitz, Werneuchen oder Teltow machen von dieser Regelung Gebrauch – in Bernau besteht laut Hauptsatzung nur ein Anhörungsrecht.

Daher sprechen wir uns dafür aus, die durch die Kommunalverfassung gegebenen Möglichkeiten konsequent zu nutzen und so die Arbeit der Ortsbeiräte zu unterstützen.

PÉTER VIDA, BVB/Freie Wähler Bernau

## Sozialpaß bekannt machen

Bald in Eberswalde und Bernau gültig?

Angesichts der Tatsache, daß vielen Bernauerinnen und Bernauern der Sozialpaß der Stadt offenbar zu wenig bekannt ist, fordert die Fraktion DIE LINKE eine bessere Information über den Sozialpaß in der Öffentlichkeit und darüber hinaus eine Angebotserweiterung. Die Mehrheit der Stadtverordneten stimmte den Forderungen der Linksfraktion zu.

In einer Broschüre, die in den Ämtern, Vereinen und in der Öffentlichkeit ausgelegt werden soll, wird künftig besser über den Kreis der Berechtigten, die Möglichkeiten der Antragstellung und die Leistungen informiert werden. Geplant ist, den Leistungskatalog durch Kooperationsmöglichkeiten mit privaten Partnern (wie z. B. Kino, JumpWorld, Sportforum, Klettergarten etc.) und der Stadt Eberswalde zu erweitern. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit der Stadtverwaltung Eberswalde zu prüfen, ob der »Eberswalde-Paß« und der »Bernau-Paß« in der jeweils anderen Stadt nutzbar sind.

Auch auf der Homepage der Stadt Bernau soll es künftig eine eigene Seite zum Sozialpaß geben. Wichtig war der Fraktion hierbei eine »Entbürokratisierung« der Behördensprache, um die Antragstellung zu erleichtern.

Dr. DAGMAR ENKELMANN

## Trügerische Hoffnung

Förderung für Abriß statt Wohnungsbau

**Eberswalde (bbp).** Die Presse berichtete jüngst, daß die Länder Berlin und Brandenburg künftig gemeinsam den Bau neuer Mehrfamilienhäuser fördern wollen. Jährlich ziehen demnach etwa 30.000 Neubürger nach Brandenburg. Dabei sollen die Potentiale nicht nur im Speckgürtel rund um die Hauptstadt genutzt werden, sagte laut Berliner Zeitung vom 16. Oktober 2018 die brandenburgische Infrastrukturministerin Kathrin Schneider vor einer Fachkonferenz zur Wohnungspolitik in Potsdam. Auch die »Städte in der zweiten Reihe« verfügen laut Schneider über Wohnraumangebote, die den Berliner Markt entlasten können.

Entsprechende Potentiale gibt es nicht zuletzt auch in Eberswalde. Mitglieder der Wohnungsbaugenossenschaft machten ihren Vorstand darauf aufmerksam, daß gerade die Genossenschaft hier über vielfältige Reserven verfügt. So könnte die Genossenschaft »doch auf den infrastrukturell bestens erschlossenen Brachflächen des Brandenburgischen Viertels neue Mehrgeschosser bauen, zu erschwinglichen Mieten. Und angesichts der Zahlen (30.000 Brandenburger mehr pro Jahr) ist doch der Abriß hoffentlich vom Tisch. Wie sollte man das einem normalen Menschen erklären...«

Einen Monat später war Ministerin Schneider in Eberswalde, einen 1,3 Millionen Euro schweren Fördermittelbescheid aus dem »Stadtumbau«-Programm im Gepäck. Rund eine Million Euro steckt die Stadt Eberswalde in die Sanierung des Rathauses und der Bruno-H.-Bürgel-Schule. Und auch die Genossenschaft erhält einen Anteil von 340.000 Euro. Erfüllte Hoffnung? Erhält die Genossenschaft Fördermittel für den Bau oder die Sanierung von sozialverträglichem Wohnraum?

Nein – es sind Fördermittel für den Abriß. »Wie soll man das einem normalen Menschen erklären?«, hatte das Genossenschaftsmitglied seinen Vorstand gefragt...

## Sprecheramt niedergelegt

**Eberswalde (bbp).** Der langjährige Sprecher der Bürgerinitiative gegen den Bau der B167neu Oskar Dietterle hat mitgeteilt, daß er sein Amt als Sprecher der BI aus gesundheitlichen Gründen niederlegt. Es falle ihm immer schwerer, sich in der Öffentlichkeit zu bewegen. Daher ziehe er nun die Konsequenz. »Ich bedanke mich bei Ihnen allen für Ihre engagierte Mitarbeit und für Ihre Treue zu unserer gemeinsamen Sache«, schrieb Dietterle an die Mitglieder der Bürgerinitiative. Er sei sich sicher, daß schnell eine neue Sprecherin oder ein neuer Sprecher gefunden wird. »Ich wünsche uns allen viel Erfolg«.

## Größenwahn in Panketal

**Die Gemeinde Panketal hat am 26. November das Planungsverfahren zur Errichtung eines Holländischen Erlebnishofes im südöstlichen Teil des Dorfes Schwanebeck mittels Satzungsbeschluß abgeschlossen.**

Kerninhalt des Bebauungsplanes ist die Festsetzung der Verkaufsfläche für einen *Gartenfachmarkt* von 3.000 m<sup>2</sup> als großflächige Einzelhandelseinrichtung. Eine derartige Größe wäre gemäß aktuellem Landesentwicklungsplan nicht zulässig, da die Gemeinde Panketal kein zentraler Ort ist. Hier greift insofern eine Ausnahme, wenn vor Inkrafttreten des Brandenburgischen Landesentwicklungsplans (LEP BB) eine entsprechende Verkaufsfläche bereits bauordnungsrechtlich genehmigt worden ist (LEP BB Festsetzung 4.7, Abs. 5).

Aber genau über die Größe der im Rahmen des damaligen Vorhaben- und Erschließungsplans (VEP) möglichen Verkaufsfläche bestehen zwischen dem Bauordnungsamt des Landkreises und der interessierten Bürgerschaft vor Ort weit auseinander gehende Ansichten.

Der alte Plan legt für den Gartenfachmarkt schon seit 1996 lediglich 550 m<sup>2</sup> Nettoverkaufsfläche bei einer maximalen Gebäudegrundfläche von 2.800 m<sup>2</sup> fest. Dies wurde auch so in die 1. Änderung des VEP von 2002 übernommen.

Im neuerlichen Planansatz von Anfang 2017 wurden aber plötzlich 10.000 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche allein für den Gartenfachmarkt festgesetzt. Diese Fläche nutzt der Betreiber nach eigenen Angaben aktuell und auch rechtmäßig, wie ein eigens von ihm bestelltes Gutachten belegen soll. Zudem sei dieser Umstand den Behörden im Kreis seit über 17 Jahren bekannt gewesen und wurde toleriert.

Die erforderliche Genehmigung scheiterte jedoch an der Oberen Bauaufsicht. Sie wurde nicht zuletzt wegen des Fehlens einer ausreichenden früheren Baugenehmigung versagt. Zudem sind laut Vizelandrat aktuell bauordnungsrechtliche Verfahren anhängig, zu denen keine Auskunft gegeben werden könne.

Die überarbeitete Planung sieht jetzt 3.000 m<sup>2</sup> vor, und zwar aufgrund einer Stellungnahme der Bauaufsicht des Landkreises vom 11. Januar 2018. Dieses bis vor kurzem geheim gehaltene Schreiben an die Gemeinsame Landesplanung Berlin-Brandenburg geht von einer seinerzeit genehmigten Verkaufsfläche von 3.034,75 m<sup>2</sup> aus. Ohne dies zu begründen und in Verkennung der Festsetzungen aus dem VEP aus dem Jahr 1996. Zudem bezieht sich die damalige Genehmigung auf die Errichtung von »Gewächshäusern für Pflanzen mit Verkaufsfläche« und nicht auf den Gartenfachmarkt selbst. Offenbar ein Schlupfloch, um die entsprechende Festsetzung im Bebauungsplan umgehen zu können.

Der neue Gartenfachmarkt wird sich einem Gebäude befinden, das bis zu 140 x 95 m groß werden kann. Bei der zweigeschossigen Bauweise sind dies allein für den Fachmarkt über 25.000 m<sup>2</sup> Nutzfläche. Ein weiteres Gebäude gleichen Ausmaßes kann für den *Holländischen Erlebnishof* errichtet werden. Beide Gebäude werden über die gesamte Länge mittels eines ca. 15 m breiten Atriums verbunden. Insgesamt läßt der Bebauungsplan Flächen von knapp 50.000 m<sup>2</sup> zu, welche allein durch Gebäude zu bebauen sind. Eine Fläche, die in etwa dem des Berliner Olympiastadiums entspricht. Ein Zuwachs an Vollversiegelung um 100 % im Dorf Schwanebeck!!!

Ein derartig hoch versiegelter Flächenanteil trägt naturgemäß Probleme mit Oberflächenwasser in sich. Besonders bei zu erwartenden Wetterextremen, wie beispielsweise in diesem Sommer bei dem Starkregen am 11. und 12. Juli mit 110,5 l/m<sup>2</sup>, fast einem Drittel des derzeitigen Jahresniederschlags. Der der Randgraben, der ausschließlich aus dem südöstlichen Bereich des Dorfes entwässert, hierbei randgefüllt. Nur durch den von allen Behörden vehement bestrittenen unterirdischen Ablauf in die Schwanebecke (Fließgraben) wurden die angrenzenden Grundstücke vor Überflutung geschützt. Ein Vororttermin zwecks Aufklärung hierzu lehnt die Panketaler Bauverwaltung ab. Eine Bürgeranfrage über den Kreistag im Dezember 2018 an die Wasserbehörde ergab ebenfalls völlige Unkenntnis über den tatsächlichen Gewässerverlauf vor Ort.

Panketal und der Kreis spielen sich hier gegenseitig den Ball der Unkenntnis zu. Warum tun sie dies? Dieser verrohrte Gewässerabschnitt geht mitten durch das Plangebiet des Holländerparks. Dies anzuerkennen, würde ein aufwendiges Planfeststellungsverfahren zur Änderung des Gewässerverlaufs zur Folge haben. Getreu der Behördendevisen »Warum gerade ich?« wird ignoriert, wo es nur geht. Zu sehen ist der unterirdische Grabenverlauf eh nicht. Dumm nur, daß es Zeitzeugen gibt, die beim Anlegen des Verbindungsstücks Ende 1960 zugegen waren. Ebenso ist dem Verfasser des Entwässerungskonzeptes Holländer die Existenz bekannt. Der Wasser- und Bodenverband »Finowfließ« hat als zuständiger Gewässerunterhalter nicht nur die Existenz sondern auch die Funktionstüchtigkeit bestätigt. Nicht zuletzt ist in div. Kartenmaterial des Landesamtes für Umwelt (LfU) diese Verbindung verzeichnet.

Die Anlieger sollen mit dem Hinweis auf eine neu zu errichtende, diesmal offene Grabenverbindung, ruhig gestellt werden. Pferdefuß dabei, das gesamte Holländerprojekt leitet dann in den Graben mit ein – getarnt als »Notüberlauf«.

JOACHIM COLLIN,

Initiativgruppe Dorfentwicklung Schwanebeck

**Musikalische Adventslesung, Sonnabend, 15. Dezember, 15 – 18 Uhr**

Musikalische Adventslesung von und mit Elke Kühne-Kaminsky, Andrea Schröder & Thomas Lamprecht (Saxophon) im historischen Ambiente der Café & Eismanufaktur ALTE POST (Am Bahnhof) Bernau bei Berlin. (siehe: [www.facebook.com/events/490021628155689](http://www.facebook.com/events/490021628155689))

Bürgerdialog zum Netzausbau:

# Altmaiers Dilemma

*Der Netzausbau ist eine Schnecke – ein Blick auf das EnLAG-Monitoring*

**Als das Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) 2009 beschlossen wurde, erhofften sich die Initiatoren eine rasche Umsetzung der 24 Leitungsausbauprojekte, aber neun Jahre nach der Verabschiedung des Gesetzes ergibt sich folgendes Bild:**

Von den etwa 1800 Kilometern des geplanten Netzausbaus sind nur 800 Kilometer, also weniger als die Hälfte des angeblichen Bedarfs, realisiert. Von den vier Pilotvorhaben zur Erprobung der Technik der Erdkabel ist nicht ein einziges realisiert!

Die Vernachlässigung der Pilotprojekte zur Erdverkabelung legt den Verdacht nahe, daß es den Initiatoren des EnLAG weniger um die Erprobung von Erdkabeln geht, als vielmehr um die Aushebelung des niedersächsischen Erdkabelgesetzes. Bundesrecht bricht Landesrecht!

Die Netzbetreiber gehen davon aus, daß erst im Jahr 2024 der im EnLAG festgeschriebene Netzausbau abgeschlossen sein wird! (EnLAG-Monitoring, 3. Quartal 2018)

Vor diesem Hintergrund ist nun der Wunsch des Ministers für Wirtschaft und Energie Peter Altmaier (CDU) nach einer Beschleunigung des Netzausbaus verständlich. Netzengpässe im Übertragungsnetz (220 und 380kV) führen zu Problemen bei der Einspeisung von erneuerbarer Energie und sind mit hohen Redispatch-Kosten verbunden, die den Strompreis für die Privathaushalte in die Höhe treiben und die Akzeptanz der Energiewende untergraben.

## Schleppender Netzausbau

Der schleppende Netzausbau hat viele Gründe. Die Klagen von Anwohnern und Bürgerinitiativen sind hier eher von geringer Bedeutung. Nur wenige Klagen waren so erfolgreich wie die der BÜRGERINITIATIVE: BIOSPHÄRE UNTER STROM – KEINE FREILEITUNG DURCHS RESERVAT und hier ist der Baustopp auch nicht der BI anzulasten, sondern einer rechtswidrigen Planung, für die letztlich der Vorhabenträger und eine allzu willfährige Genehmigungsbehörde verantwortlich sind.

Die Gründe für den schleppenden Netzausbau sind also eher bei den Netzbetreibern und den personell schlecht ausgestatteten Genehmigungsbehörden zu suchen.

## »Besser Konsens statt Krawall«

Minister Altmaier hatte am 30.11.2018 Vertreter der Bürgerinitiativen, die sich mit dem Netzausbau befassen, zum Gespräch ins Bundeswirtschaftsministerium eingeladen. Als Saarländer kann er auf Konflikte zwischen Bürgerinitiativen und Bergbauunternehmen zurückblicken und weiß deshalb, daß das Engagement von Bürgerinitiativen nicht einfach als laienhaft abzutun ist.

Im Gespräch erinnert er auch an die Konflikte um die Kernenergie, die häufig im »Krawall« endeten. Er setzt deshalb auf »Konsens statt Krawall« und sucht den Dialog. Sein Versprechen,



das er bei seinem Amtsantritt im März leichtfertig geben hatte, er werde in den kommenden Monaten alle umstrittenen Stromtrassenprojekte besuchen, konnte er nicht einhalten. Es waren zu viele. Unsere Einladung, die Trasse der geplanten 380kV-Freileitung durch Eberswalde und das Biosphärenreservat Schorfheide – Chorin zu besichtigen, hatte er abgelehnt.

Trotz schleppenden Netzausbaus gibt es keine Neuplanung bei festgefahrenen Trassenkonflikten. Beim Gespräch mit den Bürgerinitiativen am 30. November wurde der Grund deutlich.

## Altmaiers Dilemma

Einerseits möchte er die durch festgefahrene Konflikte verursachten Blockaden im Netzausbau lösen und ist auch bereit, auf die Netzbetreiber Druck auszuüben, wenn diese Lösungen mit dem Kostenargument blockieren, andererseits schließt er aber Umplanungen bei fortgeschrittenen Projekten aus, da diese zu zeitaufwendig wären. Damit trägt er aber eher zu einer Verfestigung der Konflikte bei und kann auch dem Vorwurf, er honoriere durch diese Strategie hartleibige und kompromißlose Netzbetreiber, nichts entgegenen.

Kurz, ein Beitrag des Bundeswirtschaftsministers zur Lösung des Konflikts um die 380kV-Freileitung durch Eberswalde und das Biosphärenreservat ist nicht zu erwarten.

Die BI setzt deshalb eher auf die Petition, die sie Ende Oktober beim Bundestag eingereicht hat, in der eine Erleichterung der teilweisen Erdverkabelung bei der Querung von Wohn- und Schutzgebieten im Zuge einer Anpassung des EnLAG gefordert wird. Diese Petition wird von den Städten Eberswalde und Angermünde und den Ämtern Joachimsthal und Britz-Chorin-Oderberg mitgetragen und wurde auch von Kirsten Tackmann (MdB, Linke) und Axel Vogel (MdB, Grüne) zusammen mit vielen Bürgern, darunter auch Gemeindevertreter aus Chorin unterzeichnet.

**Nicht über unsere Köpfe!  
Keine 380kV-Freileitung durch Schutz- und Wohngebiete!**

HARTMUT LINDNER

## An die Etablierten

*Ich lese eure Zeitungen nicht,  
Schau nur noch selten fern.  
Etablierte Meinungsmacher,  
Habt mich doch alle gern!*

*Ich informier mich fremd,  
Verzichte auf die Wahrheit eurer Herrn.  
Etablierte Meinungsmacher,  
Habt mich doch alle gern!*

*Ich geh euch nicht mehr auf den Leim.  
Der erhält nicht unseren Stern.  
Etablierte Meinungsmacher,  
Habt mich doch alle gern!*

*Ich glaub nicht mehr, was ihr berichtet,  
Was ihr uns täglich offeriert.  
Ist es auch noch so schön gedichtet.  
Bin nur an Wahrheit interessiert.  
Diese liegt euch meistens fern.  
Etablierte Meinungsmacher,  
Habt mich doch alle gern!*

*Ich appelliere auch an Alle:  
Benutzt euere Knern\*  
Und sagt zu dem Establishment:  
Habt uns doch alle gern!*

RAINER KROBOTH  
\* hessisch für Köpfe

## Bürgerinitiative B167neu: Kommunalwahlteilnahme

Nach wie vor wird der Neubau der B167 von vielen politischen Entscheidungsträgern auf kommunaler und Landesebene gefordert. Unsere Eingaben, Wortmeldungen und Proteste wurden allenfalls zur Kenntnis genommen, führten aber zu keinem Umdenken. Das Projekt B167neu wird weiter vorangetrieben.

Unsere einzige Chance, diesen Unsinn zu verhindern, besteht darin, den Entscheidungsträgern zu signalisieren, daß es anhaltenden Widerstand gegen den Straßenneubau in der Bürgerschaft Eberswalde gibt. Um dort wahrgenommen zu werden sind wir, wie sich leider gezeigt hat, als Bürgerbewegung zu schwach. Wir brauchen eine politische Basis, mit deren Hilfe wir in den kommunalen Gremien gehört werden müssen, also Rederecht haben.

**Aber dazu müssen wir uns engagieren. Dazu brauchen wir politisch interessierte Bürger.**

Unsere Bürgerinitiative hat deshalb Kontakte zur Wählerversammlung BVB/Freie Wähler aufgenommen. Das ist keine Partei, sondern eine aus Bürgerbewegungen und -initiativen gewachsene politische Plattform, die uns helfen könnte, unseren Protest wirksamer in die Öffentlichkeit zu bringen.

Wir hoffen, auf diese Weise mehr als bisher, mit unseren Argumenten aufklären und den städtebaulichen Wahnsinn B167neu verhindern zu können. Bitte melden Sie sich bei uns oder bei Sven Weller (sven.weller.barnim@gmail.com, BVB/Freie Wähler).

CHRISTIAN PFEIFFER und  
OSKAR DIETTERLE

**Das häufigste:**

**Abschaffen? Nein! Ich mußte bezahlen, nun sollen die anderen auch bezahlen! Das wäre sonst ungerecht!**

Was ist dazu zu sagen? Anwohner von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen und die große Gruppe der Mieter zahlen nichts! Ist das gerecht? Alle zahlen gleichermaßen Steuern! Straßenausbau und -instandhaltung sind Teil der Daseinsvorsorge! Nirgends sonst in Europa und nur noch in vier Bundesländern in Deutschland werden Beiträge gefordert. Warum in Brandenburg?

**Das dümmste:**

**Abschaffen? Nein! Dann gibt es ja für Sozialleistungen, für Bildung, Kultur und Sport und die Feuerwehr noch weniger Geld. Die Grundstücke der (reichen!) Häuslebesitzer werden doch durch eine neue Straße wertvoller – und das soll ich bezahlen? Nein!**

Trifft das zu? Nein! Nach Ersatz einer historischen Pflasterstraße durch eine Asphalt-(Renn-)piste wird kein Grundstück wertvoller. Der gern und immer wieder behauptete geldwerte Vorteil für die Anwohner konnte noch in keinem einzigen Fall nachgewiesen werden.

Natürlich ist der bisher geforderte Anliegerbeitrag nicht aus dem Topf der Gemeinde zusätzlich zu finanzieren, muß er auch nicht! Das

# Drei Argumente

für die Beibehaltung der Straßenausbaubeiträge

von Johannes Madeja

ist Sache der Landesregierung! Nach einem von der Landesregierung in Auftrag gegebenen Gutachten beträgt der Mehrbedarf mit 25 Millionen Euro pro Jahr gerade einmal 0,2 Prozent des Landeshaushalts. Damit gerät der Landeshaushalt nicht aus dem Gleichgewicht, alle gegenteiligen Behauptungen sindbarer Unsinn!

**Das exotischste:**

**Abschaffen? Nein! Wenn der Straßenausbau die Anwohner nichts mehr kostet, dann interessiert er niemanden mehr, die Verwaltung kann machen was sie will. Ich will aber – auch durch mein Geld – weiter mitbestimmen können!**

Stimmt das so? Nein! Derzeit gibt es nur regional und ausnahmsweise ein bißchen Mitbestimmung für's Geld, wenn es um das »wie« des Ausbaus geht. »Ob« ausgebaut wird oder nicht, darüber entscheiden auch jetzt schon – demokratisch versteht sich! – immer andere, jedenfalls Leute, die selbst finanziell nicht betroffen sind!\*

Vorstehende drei »Argumente« sind hohle Vögel! Allen anderen »Gründen«, nicht zu un-

terschreiben, geht es ebenso! Eine große Zahl Unterstützer der Volksinitiative haben das erkannt. Innerhalb der ersten vier Wochen haben fast 15.000 Bürgerinnen und Bürger für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge unterschrieben! Die erforderlichen 20.000 werden wir erreichen und dann dürfen wir gespannt sein, wie der Landtag Volkeswillen respektiert und umsetzt!

\* Eine bemerkenswerte Ausnahme findet sich in der Stadt Eberswalde. Hier einigten sich Verwaltung und Stadtverordnetenversammlung nach zum Teil starken Protesten von Betroffenen darauf, daß Anliegerstraßen nur dann ausgebaut werden, wenn sich eine Mehrheit der Anlieger dafür ausspricht. Die Anwohner vieler Straßen vor allem in der Clara-Zetkin-Siedlung und in Nordend hatten daraufhin den Ausbau sogar gefordert und ihre Beiträge sogar im Voraus bezahlt, weil damals das Geld in der Stadtkasse fehlte. Protest von Anwohnern gab es in Eberswalde jüngst wegen einem Ausbau ohne Anliegerbeitrag in der Straße Am Finowkanal. Hier hatte die Stadtverwaltung die Pflasterstraße asphaltieren lassen, ohne die Anlieger vorher zu fragen.

# Über Kinderrechte

**Es ist nicht einfach, über Kinderrechte zu schreiben, sie zu erkennen und zu realisieren. »Kinder haben zu parieren, den Erwachsenen gegenüber dankbar zu sein für alle Mühen, die man sich gibt bei ihrer Erziehung und Bildung, sie dürfen nicht frech sein und müssen sich unauffällig benehmen, sie dürfen nicht lügen oder stehlen usw. Über die heutige Jugend kann man sich aufregen, das gab es zu unserer Zeit alles nicht, so wie die heute rumlaufen mit den Frisuren und mit dieser Mode.«**

So oder ähnlich kann man es hören. In Frankreich hat man jetzt das Recht der Kinder auf eine gewaltfreie Erziehung entdeckt. Ja, wie wichtig ist das denn? Wer in der Kindheit Gewalt erfahren hat, wird sie im Erwachsenenalter weitergeben an Abhängige.

In der UN-Kinderrechtskonvention sind die Kinderrechte festgeschrieben: Am 20. November 1989 beschlossen, in Kraft getreten am 2. September 1990, verteidigt sie die Rechte der Kinder wie zum Beispiel das Recht auf Bildung, auf Ruhe, Freizeit und Spiel, auf freie Meinungsäußerung, auf ein Höchstmaß an Gesundheit, Gedanken- und Religionsfreiheit, auf das Recht vor Gewalt, Ausbeutung, vor sexuellem Mißbrauch. Ein unter 15jähriges Kind darf nicht im Krieg eingesetzt werden und nicht gefoltert werden. Kinder dürfen nicht entführt und gehandelt werden oder zur Prostitution gezwungen werden und vieles andere mehr.

Weitere Themen sind der Schutz vor Arbeit, die Betreuung in Kinderheimen oder aber Beschwerdeverfahren.

Steht alles auf dem Papier!!! Aber wer kümmert sich darum, in welchen Ländern wird diese Kinderrechtskonvention kontrolliert und realisiert. Nicht einmal in der Bundesrepublik Deutschland sind die Landkreise mit ihren Abteilungen für Jugendschutz in der Lage, flächendeckend eine Kontrolle auszuüben, Verdachtsmeldungen nachzugehen oder einen Sachverhalt zu klären. Sie sind in ihrem Kontrollrecht eingeschränkt. Wen schert es da, ob auf afrikanischen Müllhalden Kinder aus eu-

ropäischen ausgedienten Fernsehern giftige Edelmetalle herausnehmen, um damit Geld zu verdienen, oder Kinder in Südostasien nach Perlen tauchen oder in kinderreichen Familien zu wenig zum Essen bekommen und Mangelkrankheiten haben, dafür aber auf die kleinen Geschwister aufpassen müssen. So wie in Indien, wenn die Mutter zwölf Stunden täglich nähen und die Kinder im Stich lassen muß.

Es ist natürlich ein wunderbarer Ansatz, wenn es nun Kinderparlamente gibt, wo unter 18-Jährige ihre Meinung frei äußern können und für ihre Rechte in Schulen z.B. kämpfen können. Aber in vielen Ländern können Kinder gar nicht lesen, und keine Schule besuchen und wissen nichts von Kinderrechten.

Was ist das auch für ein Recht, als kleines Mädchen an den Genitalien verstümmelt zu werden und lebenslang an den Folgen zu leiden oder dabei zu verbluten? Das sind Verbrechen, die an Kindern begangen werden. Dazu bedarf es Verbote und Gesetze, die in vielen Ländern in Äquatornähe noch nicht vorhanden sind.

Was haben die christlichen Missionare in afrikanischen Ländern gesehen? Haben sie mit

verschlossenen Augen ihre Lehren gelehrt und in Krankenhäusern gearbeitet? Was wissen katholische Priester in den Vereinigten Staaten, die Kinder in ihrer Obhut sexuell mißbraucht haben zu Tausenden, von Kinderrechten??? Welche Rechte haben Zigtausende von Straßenkindern in Moskau? Sie können im Winter erfrieren oder sich durch Drogenspritzen mit Aids infizieren.

Man könnte Tränen über Tränen vergießen über die Verbrechen, die an Kindern begangen werden. Sie sind das schwächste Glied der menschlichen Gesellschaft.

Ob in »guten Familien« oder als Prostituierte in Brasilien, die Geld für die Familie anschaffen müssen. Wird das jemals anders werden? Ich mag gar nicht weiterdenken!

Wo die Rüstungsindustrien das Sagen haben, wird es nicht besser werden. Kinder können nicht allein ihre Rechte vertreten. Das müssen Erwachsene tun.

Wir brauchen Ministerien für KINDERRECHTE in allen Ländern. Einen Versuch wäre das wert.

Dr. WALTRAUD VOIGT

Bürgerstiftung Barnim Uckermark:

## 5. Demokratiepreis verliehen

Zum fünften Mal hat die Bürgerstiftung Barnim Uckermark Engagement für eine demokratische Zivilgesellschaft gewürdigt und drei Akteure mit dem Demokratiepreis geehrt. Die Preise sind mit jeweils 1.500 Euro dotiert und wurden am 23. November beim Fest für die Demokratie in der Prenzlauer Blumenhalle überreicht.



Waheed Mukhtar, Ellen Grünwald und Siegmund Bäsler (v.l.n.r.) erhielten am 23. November in der Prenzlauer Blumenhalle den diesjährigen Demokratiepreis der Bürgerstiftung Barnim Uckermark.

Foto: MARY BEUTTENMÜLLER

ELLEN GRÜNWARD erhielt den Preis in der Kategorie *Courage*. Sie recherchiert seit fünfzehn Jahren die Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Eberswalde. Mit ihrem Engagement kämpft sie gegen das Vergessen der Nazi-verbrechen. Ihr ist es auch mit zu verdanken, das heute 39 Stolpersteine in Eberswalde an einstige jüdische Mitbürgerinnen erinnern. Ein zufälliger Kontakt zu einer ehemaligen jüdischen Einwohnerin von Eberswalde motivierte sie zu der Suche nach den Spuren jüdischen Lebens in ihrer Stadt.

In der Kategorie *Vernetzung* ging der Preis an SIEGMUND BÄSLER, viele Jahren lang Chef und heute Ehrenpräsident der uckermärkischen Unternehmervereinigung. Hierzu sagt MARIETA BÖTTGER, Vorstandsvorsitzende der Bürgerstiftung: »Wenn wir von Zivilgesellschaft reden, denken wir zuerst an Privatpersonen. Doch immer mehr Unternehmen zeigen sich bereit, gesellschaftliche Verantwortung zu tragen. Mitbestimmung, Teilhabe, Integration, Nachhaltigkeit oder die Förderung von gemeinnützigen Initiativen – all das sind Themen, die in der Wirtschaft an Bedeutung gewinnen. Siegmund Bäsler hat mit seinem jahrelangen Engagement dazu beigetragen, daß Unternehmerinnen und Unternehmer in der Uckermark gute Gelegenheiten bekommen, sich hierüber auszutauschen und zu vernetzen.«

Den Preis in der Kategorie *Inklusion* erhielt WAHEED MUKHTAR. Der gebürtige Pakistani lebt seit vier Jahren in Eberswalde. Die Jury würdigte sein vielfältiges Engagement für die Teilhabe von Minderheiten und schutzbedürftigen Menschen. Herr Mukhtar engagiert sich in verschiedenen Vereinen der Stadt, sowohl im Bereich des Sports als auch der Integrationsarbeit. Er ist Vorbild, Brückenbauer und Netzwerker. Daneben absolviert er gerade eine Ausbildung zum Erzieher.

Die Schirmherrin des Demokratiepreises, die uckermärkische Landrätin KARINA DÖRK (CDU), mahnte in ihrer Festrede, daß Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist: »Sie muß Tag für Tag immer wieder neu erinnert und gestärkt werden. Nur so können wir die freiheitlich demokratische Grundordnung schützen. Rassismus, Ausgrenzung, demokratiefeindliche bis hin zu klar rechtsextremistischen Parolen werden wieder sichtbar und lauter. Umso wichtiger ist das herausragende Engagement der Preisträgerinnen und Preisträger für Vielfalt und Demokratie.«

ANETTA KAHANE, die Vorsitzende der Amdau Antonio Stiftung, hielt die Laudatio. Sie erinnerte in ihrer Rede an den kürzlich verstorbenen CHRISTIAN PETRY, dessen Maxime es immer war, allen Kindern Chancengleichheit zu ermöglichen.

Er entwickelte Projekte, bei denen aktives Engagement erlernt und Demokratie erlebbar werden konnte. Er hat durch seine auch Arbeit dazu beigetragen, daß die Bürgerstiftung Barnim Uckermark gegründet wurde.

Alle eingereichten Projektvorschläge dienen dieser Intention. Sie bringen verschiedene Menschen zusammen, die gemeinsam an der Verwirklichung ihrer Interessen wirken und so die Zivilgesellschaft organisieren und stärken.

Der Demokratiepreis der Bürgerstiftung wurde bereits zum fünftenmal verliehen. Die sechsköpfige Jury konnte aus 29 Bewerbungen und Vorschlägen auswählen.

Die Durchführung des Demokratiepreises wurde mit Mitteln der Staatskanzlei Brandenburg und des Landkreises Barnim gefördert. Die Bürgerstiftung bedankt sich bei rund 40 Privatpersonen und Unternehmen, die das Preisgeld gespendet haben.

MICHAEL AHLERS

Bündnis 90/Die Grünen:

## 23. Barnimer Umweltpreis

Für den 23. Barnimer Umweltpreis standen erneut 750 Euro zur Verfügung, um verdienstvolle Projekte und Initiativen im Natur- und Umweltschutz zu ehren und mit einer Anerkennung zu bedenken. Die Preise und Urkunden überreichten ANDREAS FENNERT, Mitglied im Aufsichtsrat der Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft Eberswalde und Hauptstifter des Preises sowie KAREN OEHLER, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Eberswalder Stadtparlament. Die Jury entschied sich für die Vergabe folgender Preise:

Den **1. Preis**, verbunden mit einer Prämie von 400 Euro, erhält der **Blumberger Kulturverein von Canitz e.V.** Seit nunmehr 19 Jahren kümmern sich die rund 50 Vereinsmitglieder des Blumberger Kulturvereins um den historischen Lenné-Park in Blumberg. Dabei befassen sich die Aktiven um den Vereinsvorsitzenden HARTMUT MOREIKE nicht nur in kultureller Hinsicht mit dem Park, sondern sorgen auch für den Erhalt der Natur. Mit Kalendern, Broschüren, Vorträgen und Führungen bringen sie Besuchern aus nah und fern die Schönheit und Einzigartigkeit des Parks nahe.

Einen Höhepunkt der Vereinsarbeit bildete das Projekt »IGA vor Ort – Lenné-Park Blumberg« im letzten Jahr. Dafür trug der Verein die alleinige Verantwortung und organisierte über die gesamte Saison zahlreiche kulturelle und naturkundliche Veranstaltungen, Führungen und Vorträge im und zum Park. Mit der Privatschule Docemus Campus wurde eine Projektwoche zum Lenné-Park initiiert. Künftig wird es mit der Schule einen Patenschaftsvertrag zum Park geben. Auch über den Park hinaus ist der Verein aktiv geworden. Zur Verschönerung von Blumberg wurden 40 selbstgemachte Weidenkörbe ausgebracht, die von den Anwohnern liebevoll bepflanzt und gepflegt wurden.

Mit dem **2. Preis** und einer Prämie in Höhe von 350 Euro wird die **Igelschützerin Gabriele Dunst aus Böhmerheide** geehrt. GABRIELE DUNST hielt bereits 2013 den Barnimer Umweltpreis in ihren Händen. Damals als Vertreterin und Vorsitzende des Vereins Igelstation-Schorfheide e.V. In diesem Jahr wurde sie persönlich als Preisträgerin vorgeschlagen, um ihr jahrelanges, grenzenloses Engagement für den Schutz der bedrohten Igel zu würdigen. Gabriele Dunst stellt quasi ihre gesamte Zeit, ihren kompletten Wohnraum und beachtliche finanzielle Mittel zur Verfügung, um kranke und verletzte Tiere aufzunehmen, zu pflegen und wieder in die freie Wildbahn zu entlassen. Die Igelstation in Böhmerheide hat ein großes Einzugsgebiet, das bis nach Mecklenburg-Vorpommern und in den Potsdamer Raum reicht. Mit viel Fachwissen, Hingabe und Geduld pappelt Gabriele Dunst jährlich ca. 100 Igel wieder auf, die sonst keine Überlebenschance gehabt hätten. Ihr Wissen gibt sie an Gartenbesitzer, Igel-finder, Kinder und Interessierte weiter.

THORSTEN KLEINTEICH

## Fantasiereisen

Bei einer *Fantasiereise* begeben wir uns mit den Mitteln der Fantasie auf eine Reise. Während einer Fantasiereise vergessen wir die Welt um uns herum komplett und richten stattdessen unsere *Aufmerksamkeit komplett nach innen*. Dadurch kommen wir in *Kontakt mit unseren Gefühlen*, unseren Vorstellungen und mit unserem Unterbewußtsein. Die Fantasiereise unternehmen wir mit Hilfe unserer Vorstellungskraft. Hierbei geht es nicht nur um Worte, *das Erlebnis kann durch Bilder, Geräusche und natürlich auch durch Musik intensiviert werden*. Plötzlich tauchen in unserer Fantasiereise vielleicht Bilder auf, die uns auf einmal *neue Sichtweisen und Perspektiven* für unser Leben in der äußeren Welt erkennen lassen.

Wir sollten nicht vergessen, daß unsere Fantasie oft der *Schlüssel zur Lösung* unserer Probleme ist. Denn durch unsere Fantasie ist es möglich, daß wir *schöpferisch und kreativ neue Wege beschreiten* können, Lösungen, die wir im äußeren Leben oft gar nicht mehr wahrnehmen können. In unserem täglichen Leben sind wir oftmals blind für die einfachsten Lösungen. Unsere *Wahrnehmung* wird enorm *davon beeinflusst, was wir denken* und wie wir denken. Mittels einer Fantasiereise können wir unser in uns liegendes Potential besser nutzen. So sind wir dann in der Lage, festgefahrene innere Programme zu verändern. Weiterhin können wir in uns liegende Potentiale, die allerdings im Moment nicht genutzt werden, wieder aktivieren. Wir selber sind die *Erzeuger unserer Ideen, Gedanken und Überzeugungen*. Wir selber haben es in der Hand, ob wir uns negativen Empfindungen, Bildern und Tönen hingeben, oder, ob wir uns *positive Ideen, Gedanken und Gefühle kreieren*, die uns in unserem *Alltag unterstützen*.

In unserer *Fantasie* ist alles möglich, es sind uns *keinerlei Grenzen gesetzt*. So ist es in unserer Fantasie möglich, anderen besser zu begegnen, Freunde oder Liebe zu finden, Lösungen für unsere Probleme zu finden, uns neue, positivere Verhaltensweisen anzueignen oder auch neue Werte und Überzeugungen zu entdecken. In unserer Vorstellung üben wir bereits für die dann später folgende, konkrete Umsetzung. Alles was uns *ängstigt*, können wir in einer Fantasiereise *vorab durchspielen*, so daß wir dann in der konkreten Situation *perfekt gewappnet* sind.

Durch eine geführte Fantasiereise lernen Sie das Loslassen und Entspannen und schöpfen dadurch *neue Kraft* für Ihren anstrengenden Alltag. Wir können unserem Körper helfen, sich *schneller zu regenerieren*.

Wenn Sie flexibel bleiben möchten, dann können Sie die Fantasiereise einzeln, z.B. bei einem *Heilpraktiker für Psychotherapie*, buchen. Gönnen Sie sich einige Stunden der Entspannung, auch für Ihr Thema gibt es eine *maßgeschneiderte Fantasiereise*. Sie werden davon sicherlich profitieren.

FALK HINNEBERG

Kontakt: [falk.hinneberg@gmx.net](mailto:falk.hinneberg@gmx.net)

## Nach der Räumung ist vor der Räumung

**Nach den zum Teil brutalen Räumungen des Hambacher Forstes und dem damit einhergehenden Abriß von über 50 Baumhäusern möchte ich euch insbesondere von meinen Erfahrungen im September und Oktober berichten.**

Daß die Umweltaktivisten im Wald und an der angrenzenden Wiese (dem sogenannten Wiesencamp) seit Jahren ohne fließendes Wasser, nur mit minimaler Sonnen-Stromversorgung und größtenteils freegan (veganes Essen aus Spenden, containeres, von Küchenkollektive) leben, soll als erstes erwähnt werden. Sie bauten ihre Baumhäuser größtenteils wintersicher mit Isolierung und Ofen und das z.T. auf über 20 Meter Höhe. Das Land Nordrhein-westfalen (sowie andere unterstützende Bundesländer) zerstörte diese Infrastruktur in wenigen Wochen mit dem größten und teuersten Polizeieinsatz in der Geschichte NRW's. Mehr als 30.000 Polizistinnen und Polizisten waren im Einsatz, der einen unbekanntem zweistelligen Millionenbetrag kostete.

Die direkten Räumungen selbst führten zum Tod eines übermüdeten und dauergestreßten Aktivisten, der wie andere auch, der psychologischen Kriegsführung der Ordnungskräfte (allen voran der Innenminister NRW's Herbert Reul) ausgesetzt war.

Ich selbst konnte für Wochen nur wenige Stunden pro Nacht schlafen (u.a. durch ständige Überwachung, Polizeipräsenz, Kontrollen, Räumpanzer, Drohnen, Scheinwerfer, nächtliche Spezialkräfte, Durchsuchungen). In den letzten Nächten der Räumung konnte ich nicht mehr alleine schlafen und wurde von Angst vor direkter körperlicher Verfolgung durch vermummte (Spezial-)Polizeikräfte und RWE-Security geplagt. Die monströs inszenierten Einsätze von unten (Hebebühnen und Kletterpolizisten) und oben gegen einige der Baumhäuser muteten grotesk an. Von einem Riesenkrane wurden unter großem Polizeiaufgebot und Scheinwerfereinsatz in einem Finale der Lorien-Räumung (eine Waldsiedlung) SEK-Beamte aus ca. 40 m abgeseilt. Im Sonnenuntergang flog über das Zentrum des Einsatzes (dem Riesenkrane) zum Schluß noch ein Eurofighter.

Diesen gespenstischen Riesen am letzten Tag der Räumung über dem Wald zu sehen, war emotional verstörend für mich. Hier wurde unter bewußtem und brutalem Ausschluß der Öffentlichkeit und z.T. der Presse das letzte und vielleicht schönste Baumhaus (Paragraph 11) vernichtet. Die unter den jeweiligen Bäumen ausharrenden friedlichen zum großen Teil jungen Menschen wurden z.T. brutal geräumt.

Insbesondere nach friedlich anmutenden Abenden mit redebereiten und unbehelmten Einsatzkräften wurden am Morgen mit vermummten stark hoch gerüsteten Einsatzkräften Fakten geschaffen. Es kam zu einigen schwerwiegenden Verletzungen auf Seiten der Aktivisten und Demonstranten.

Wer übernimmt die Verantwortung für diese Art des Umgangs mit der zurecht sehr besorg-

ten vor allem jungen öko-alternativen und alles andere als gewaltbereiten geistigen Elite Deutschlands? Ein Zitat einer höher gestellten Polizistin beim Lorieneinsatz ließ mich nicht mehr los: *»Deutschland ist eines der korruptesten Länder der Welt. Politik und Wirtschaft sind hochkorrupt«*. Für diese privaten Worte umarmte ich sie anschließend halb.

Meiner Meinung nach steht der Konflikt um die Hambacher Braunkohlegrube symbolhaft für die Abbruchkante, an der die Menschheit steht. Entweder auch wir sterben demnächst aus oder wir ändern unsere Art des Wirtschaftens zügig, stark und nachhaltig.

Werden RWE und die Politik endlich belangt für das meiner Meinung nach größte Umweltverbrechen Europas? Sie produzieren angeblich Strom für uns alle. Die unvorstellbar hohen Folgekosten werden nicht berechnet, auf diesen bleiben nicht die Aktionäre und Großaktionäre sitzen. Die Grube soll ihre Größe von derzeit rund 8 x 10 km noch verdoppeln. Das Grundwasser wird dann auf mindestens 500 m Grubenniveau abgepumpt. Die Menge an Feinstaub und CO<sub>2</sub> wird sich weiter vergrößern und dann die höchsten Werte Europas bedeuten. Schon jetzt wirken große lokale bis globale negative Effekte auf uns alle ein.

Doch was ist mit den psychologischen Effekten der Vertreibung, Umsiedlung und dem Vorhalten von Demonstrations- und Mitgestaltungsrechten? Was ist mit dem Wert der Natur (des 12.000 Jahre alten Ökosystems, der Bäume, des fruchtbaren Oberbodens)?

Natur hat in diesem zerstörerischen kapitalistischen System keinen wirklichen Wert. Naturschutzgesetze werden für Profit und Wachstum umgangen. Es handelt sich ganzheitlich betrachtet um einen sehr komplexen, insbesondere emotionalen Konflikt, der auf verschiedensten Ebenen verankert ist. Auch das ist für mich ein Symbol für unsere anthropogene (post-)industrielle Zeit. Was, wenn wir wirklich mal anfangen, weitreichend und im großen Stil Energie und Ressourcen einzusparen? Was, wenn wir die Komplexität des ausgeferten künstlichen Systems stark reduzieren und unsere Gemeinschaft auf allen Ebenen komplett neu und offen überdenken?

Entweder bricht das integrale, empathische Zeitalter Aller und Alles an oder wir gehen früher oder später unter! Informiert euch über eure Möglichkeiten der Veränderung in diesem Wandel von unten!

Eines ist gewiß, die Aktivisten des Hambacher Forstes werden trotz weggebaggerter Dörfer, brutaler Repression, Überwachung, versuchter Spaltung der Bewegung und abgerissener Baumhäuser nicht weichen und den Protest weiter aufbauen! Wir sind viele und werden ständig mehr!

Dr. SORGSAM

## Eine Allee, wie zu Zeiten der Postkutschen

Es gibt sehr schöne Alleen im Barnim. Zu den bisher als »schönste Allee des Jahres« ausgezeichneten, fällt die Kreisstraße 6005 jedoch aus dem Rahmen, weil kein einheitliches Bild zwischen dem Zustand der Bäume und der Straße besteht. Wer nicht in dieser Gegend wohnt und diese Kreisstraße nicht befährt, kann kaum ein Urteil über die Verkehrsbelastung, geschweige zu den notwendigen Verkehrssicherungsmaßnahmen für diese Straße abgeben.



Foto: Dr. Marlinde Mißlitz

Die »Schönste Allee des Jahres 2018«.

Mit dem Slogan »Hände weg von dieser Allee!« wird suggeriert, daß man nichts tun sollte. Die Kreisverwaltung ist jedoch nach dem Gesetz daran gebunden, ihrer Verkehrssicherungspflicht nachzukommen. Sie bemüht sich seit den Auseinandersetzungen der Jahre 2006 und 2007 aus unserer Sicht auch nachhaltig darum. Mehrmals im Jahr werden die noch stehenden, über 100 Jahre alten Bäume von den abgestorbenen oder verkehrgefährdenden Ästen ausgeholzt, die Straße von heruntergefallenen Ästen gesäubert oder Straßenschäden beseitigt, was Summen an Steuergeldern verschlingt.

In den letzten zehn Jahren war die Straße zweimal nach Sommerstürmen wochenlang wegen umgekippter Bäume und des aufgerissenen Straßenbelags gesperrt, weil die großen alten Bäume an Feldrändern im beblätterten Zustand den Stürmen nicht mehr standhalten. Viele Anwohner befahren die Straße z.B. mit dem Pkw zur Arbeit, zum Bahnhof Rüdnitz, zum Einkaufen oder mit Kleintransportern zur Landesstraße 200 – rund 150 ansässige Firmen gibt es allein in Rüdnitz. Nicht nur der Schulbusverkehr, Bau- und Feldbestellungs- sowie Versorgungsfahrzeuge belasten diese Straße, sondern hierüber erfolgt auch der Behindertransport zur Baumschule von der Hoffnungstaler Stiftung Lobetal und zurück. Laut Baugesetz muß bei Busverkehr eine bestimmte Straßenbreite vorgehalten werden, die überwiegend sogar vorhanden ist, aber seit Jahrzehnten nur einer »Holperpiste« entspricht. Früher wurden hoch beladene LKW von tief hängenden Ästen der Bäume behindert.

Rund 270 alte Bäume gibt es gegenwärtig noch auf dem Teilabschnitt zwischen Rüdnitz und Danewitz, keine 720 wie Dr. Steiner in der BBP vom 13.11.2018 behauptet. Diese Anzahl

bezieht sich auf den früheren Baumbestand eines längeren Teilstücks, das die beiden Landesstraßen L 200 und L 29 verbindet und durch die Orte Rüdnitz, Danewitz sowie an der Baumschule in Biesenthal vorbeiführt. Mit Ausnahme der Erneuerung – etwa ein Kilometer durch den Ort Danewitz – ist es seit Jahren die noch einzige nicht erneuerte Kreisstraße im Barnim.

Es handelt sich um keine »Dorfverbindungsstraße mit geringer Verkehrsbelastung«, wie im Artikel betont wird. Anwohner trauern auch nicht »der Nichtrealisierung einer schönen, neuen und breiten Straße« nach. Sie wünschen sich Sicherheit für ihre Wohngebäude entlang der Straße in Rüdnitz. Im Ort ist schon mehrmals durch große herabfallende Äste oder sogar durch umgestürzte Bäume Eigentum beschädigt worden, was teilweise nicht als Versicherungsschaden anerkannt worden ist. Die Straße wird niveaugleich vom Schienennetz der Deutschen Bahn mit zunehmendem Regional- und Güterverkehr gekreuzt. Besonders im Berufsverkehr staut es sich wegen der häufigen Schrankenschließung mit gefährlichen Situationen im Gegenverkehr. Deshalb kann es keine »Rennstrecke« werden, zumal die Straße wegen der Bushaltestellen und der Fahrt durch oder zwischen den Ortsteilen nur mit 30, 50 oder 70 Kilometern pro Stunde befahren werden darf. Wieso werden »die Anwohner der Dörfer Rüdnitz und Danewitz im Stich gelassen«, wenn es beim heutigen Straßenverkehr gar nicht möglich ist, junge lückenschließende Bäume so dicht an den Straßenrand zu setzen wie die alten Alleeebäume zu Zeiten des Postkutschenverkehrs? Fläche zur Anpflanzung einer neuen Baumallee mit größerem Abstand zur Straße müßte wohl erst einmal angekauft werden.

Alleen sind Straßen oder Wege, die beidseitig von gleichförmig verlaufenden Baumreihen begrenzt werden. Die Bäume beiderseits des Weges werden meistens in gleichen Abständen und im gleichen Alter mit etwa der gleichen Pflanzqualität gepflanzt. Folglich ist diese stark gelichtete Allee – siehe Foto vom 18.11.2018 – nur noch in einigen wenigen Abschnitten als Allee zu bezeichnen. Die Lücken mit Ersatzbäumen zu bestücken wäre töricht, weil die Bäume insgesamt zu eng am Fahrbahnrand stehen. Das ist bereits 2006 das Problem gewesen, als die Grüne Liga durch Gerichtsprozesse die Erneuerung der Straße und der Bäume verhindert hat. 1,5 Millionen Euro an Fördermitteln konnten nicht genutzt werden und nun beginnt das Drama offenbar erneut mit der Behauptung einer geringen Verkehrsbelastung sowie der Verunglimpfung der Kreisverwaltung wie vor 12 Jahren.

Wann sitzen erneut Vertreter von ROBIN WOOD auf den Bäumen, die von der Polizei herunter geholt werden müssen? Was für eine schöne junge Allee und befahrbare Straße könnten wir heute haben, wie z.B. die Erneuerung der L 200 von Bernau über Rüdnitz nach Biesenthal, ohne die damalige Einmischung nicht Ortsansässiger.

Dr. MARLINDE MIßLITZ (Biesenthal),  
WOLFGANG WEIGT (Rüdnitz) und  
UWE von HEINE (Rüdnitz)

### Lichterfahrt durch Berlin

Eine Tradition der URANIA BARNIM ist die Lichterfahrt durch Berlin. Wie jedes Jahr in der Vorweihnachtszeit fahren wir in das Nikolaiviertel in das Café »Spreeblick«. Bei Kaffee und Kuchen genießen wir den Ausblick auf die Spree und das berühmte Reiterdenkmal vom Heiligen Georg, dem Drachentöter.

Weihnachtlich eingestimmt, fahren wir dann auf den Weihnachtsmarkt am Schloß Charlottenburg. Bratwurst und Glühwein laden uns ein.

Die Fahrt durch das erleuchtete Berlin rundet diesen schönen Tag dann ab.

Exkursionsleitung: Frau Gisela Specht  
Leistungen: Fahrt im modernen Reisebus der Firma »K. Brust«, Kaffeegedeck, Lichterfahrt durch Berlin.

Abfahrt: 18.12., 14 Uhr am Bahnhof Bernau  
Teilnehmerpreis: ca 23-25 Euro (je nach Anzahl der Teilnehmer).

Es wird gebeten, sich telefonisch direkt bei der Reiseleiterin anzumelden: Frau Gisela Specht Tel. 03338/76 55 21 oder Funk: 0162/57 98 26 8

S. MAIER

Vor 100 Jahren:

# Rätenuacht oder Nationalversammlung

Die Novemberrevolution im »Roten Finowtal« (Teil 3)

Am 4. November hatte die Revolution in Kiel gesiegt. Binnen einer Woche breitete sich die Revolution auf ganz Deutschland aus. Am 9. November dankte der Kaiser ab und in Berlin übernahm ein sogenannter »Rat der Volksbeauftragten« unter Leitung des SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert die Regierungsgeschäfte. Ebert hatte noch am 7. November gesagt, er hasse die Revolution »wie die Sünde«<sup>1</sup> und schloß schon am 10. November – was aber erst lange nach der Revolution in der Öffentlichkeit bekannt wurde – mit dem Chef der Obersten Heeresleitung General Groener einen Pakt zur Niederschlagung der Revolution.

In den Arbeiter- und Soldatenräten, die sich überall bildeten, saßen kaum Spartakisten – deren Anhängerschaft war viel zu gering und unorganisiert, um wirksam Einfluß zu nehmen. Auch die Unabhängigen Sozialdemokraten blieben in den Räten eine Minderheit. In den Räten bestimmten überall die Mehrheitssozialisten. Sie wollten keine Rätediktatur, sondern nur dem sozialdemokratischen Staat eine sozialdemokratische Exekutive verschaffen.<sup>2</sup>



Ruhe und Ordnung als Bürgerpflicht.

Die Räte bestanden zum größten Teil aus soliden, nüchternen Arbeiterintelligenz, Partei- und Gewerkschaftsfunktionären, die auf ihre Art genauso ordnungsliebend waren wie die alten Beamten, die sie kontrollieren und ersetzen wollten. Innerhalb von vier Wochen hatten sie das anfängliche Chaos weitgehend überwunden und bis Anfang Dezember 1918 auf allen Ebenen eine funktionsfähige Parallelorganisation zum alten Verwaltungskörper geschaffen.<sup>3</sup>

Damit war »der neuen Regierung und Parteileitung ein für sie im politischen Sinne zuverlässiges Instrument beim Neubau des Staates in die Hand gegeben ..., von dem sie Gebrauch machen konnte, wenn sie dazu entschlossen war«.<sup>4</sup>

Auch der Arbeiter- und Soldatenrat in Eberswalde stand mehrheitlich treu zum »Rat der Volksbeauftragten«. An der Spitze des Eberswalder Rates standen der Gewerkschaftsfunktionär Wilhelm Ulm und der Parteifunktionär Franz Heinrich. Ende November stieß Philipp Zopf hinzu, der sich im 2017 der USPD angeschlossen hatte. Als er »telegraphisch ... aus dem Lazarett in Bielefeld gerufen (wurde), die Führung zu übernehmen«, erinnerte sich dessen Sohn Philipp Wehr, kam er »krank und noch sehr stark im Sehen behindert nach Hause«. Er hatte »zudem das Sekretariat der Partei (handschriftlich eingefügt: nunmehr wieder die vereinigte SPD) für Oberbarnim zu übernehmen«.<sup>5</sup>

Seit dem 11. November zeichnete der Arbeiter- und Soldatenrat die Erlasse und Verfügungen sowie alle Korrespondenz des Eberswalder Magistrats gegen. Die Polizei war entwaffnet

und dem Arbeiter- und Soldatenrat unterstellt, die paramilitärische »Jungwehr« aufgelöst worden. Seit den Wahlen zum ordentlichen Arbeiter- und Soldatenrat am 18. und 20. November bestand dieser aus 45 Vertretern der SPD, 32 der USPD sowie 33 der Angestellten. Er tagte regelmäßig im Restaurant »Feldschlößchen« (heute »Alte Brauerei«, vormals »Bierakademie«).

Schon in den ersten Revolutionstagen setzten die Arbeiter- und Soldatenräte in fast allen Betrieben wichtige Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiter durch. Erleichterungen der Arbeitsbedingungen, Lohnerhöhungen und Verkürzung der Arbeitszeit.

So galt nun in allen Betrieben im Finowtal die 48-Stunden-Woche, in den Ardetl-Werken sogar die 46-Stunden-Woche.

Der Arbeiter- und Soldatenrat hatte sich eigene Exekutivorgane geschaffen, wie den Vollzugausschuß, den Lebensmittelausschuß, den Überwachungsausschuß für die städtischen Einrichtungen und den Ausschuß für das Standgericht. Die alten Machtstrukturen bestanden parallel dazu weiter. Oberbürgermeister Hopf blieb in seinem Amt, ebenso die meisten Stadtverordneten, Beigeordneten und Stadträte. Der kaiserliche Beamtenapparat funktionierte ungestört weiter.<sup>6</sup>

Am 8. Dezember fand die entscheidende Sitzung des Eberswalder Rates statt. Es stand zur Debatte, mit welchem Votum der Eberswalder Vertreter zum Reichsrätekongreß nach Berlin reist, der über die entscheidende Frage der Revolution – Rätenuacht oder Nationalversammlung – entscheiden sollte.

»Wir müssen Boden unter den Füßen haben, der jetzige Zustand der Erlasse muß verschwinden, denn wir wollen das Volk von der Klassenherrschaft befreien, nicht aber eine Diktatur des Proletariats an ihre Stelle setzen«, beschwor Wilhelm Ulm seine Genossen, als es um die Frage Nationalversammlung oder Rätenuacht ging. »Wir verüben Verrat an unseren Genossen, wenn wir nicht dahin wirken, daß die Versammlung schnell zustande kommt.« Mit »unseren Genossen« meinte Ulm den »Rat der Volksbeauftragten« um Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann. Auch Philipp Zopf, Franz Heinrich und andere sprachen sich auf dieser Sitzung für die schnelle Einberufung der Nationalversammlung aus, weil Arbeit und Brot die beiden Hauptforderungen seien und dies durch die Nationalversammlung sowie den notwendigen Aufschwung herbeigeführt werde.

Aber selbst jene, die auf der Versammlung gegen die schnelle Einberufung der Nationalversammlung argumentierten, wie Franz Müller, Bacher, Mercier und andere, forderten nicht die Rätenuacht, sondern lediglich eine Wahl der Nationalversammlung zu einem späteren Zeitpunkt, weil die Grenzen des Deutschen Reiches noch zu unbestimmt seien und die Kriegsgefangenen dadurch des Wahlrechts verlustig gingen. Sie trachten aber auch zum Ausdruck, daß eine baldige Einberufung der Nationalversammlung die Arbeiterschaft um die Früchte der Revolution bringen würde und damit dem Unternehmertum die Gelegenheit geben würde, die Arbeiter wieder vollständig zu Boden zu drücken.<sup>7</sup>

Die Mehrheit im Eberswalder Arbeiter- und Soldatenrat folgte den Mehrheits-Sozialdemokraten um Wilhelm Ulm, Franz Heinrich und Philipp Zopf. Der 1. Reichsrätekongreß, der vom 16. bis 20. Dezember 1918 in Berlin tagte, bestätigte die Übertragung der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt an die »Volksbeauftragten« und votierte für die Einberufung einer Nationalversammlung, die dann am 19. Januar 1919 gewählt wurde.

Dem Reichsrätekongreß folgte zu Weihnachten der Überfall auf die Volksmarinedivision im Berliner Schloß und schließlich die Blutwoche Anfang 1919, in der die Führer der gerade gegründeten Kommunistischen Partei Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von Freikorps Soldaten unter Befehl des sozialdemokratischen »Volksbeauftragten für Heer und Marine« Gustav Noske ermordet wurden. Die von Franz Müller und anderen geäußerten Befürchtungen bestätigten sich.

GERD MARKMANN

Quellen:  
1 – Wolfgang Ruge: Revolutionstage November 1918, illustrierte historische hefte 14, Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1978, 2. durchgesehene Auflage  
2 – Sebastian Haffner: Der Verrat. 1918/1919 – als Deutschland wurde, wie es ist. Verlag 1900 Berlin 1993 (Erstveröffentlichung 1968 als Serie »Der große Verrat« im Stern)  
3 – ebenda  
4 – Eberhard Kolb: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918/1919, Droste, Düsseldorf 1962 (Dissertation, Universität Göttingen, 1959) zitiert nach Haffner (Anm. 2)  
5 – Philipp Wehr: Philipp Zopf, mein Vater. Unveröffentlichtes Manuskript vom 20.12.1953. Nachlaß Philipp Wehr, Archiv zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Roten Finowtal (AGARF)  
6 – Udo und Gerd Markmann: Vor 90 Jahren: Revolution in Eberswalde, Teil 1. In: Barnimer Bürgerpost 11/2008  
7 – Werner Sefkow: Zum 70. Jahrestag der Novemberrevolution und zum 70. Jahrestag der Gründung der KPD. In: Heimatkalender Eberswalde 1988

# Betrug mit System

Was unsere Gesellschaft zusammenhält

**Was halten Sie davon, wenn Ihnen ein Paradies in goldenen Farben versprochen wird und Sie in Wirklichkeit nur eine überteuerte Absteige erhalten, mit monatlichen Bescheiden vom Jobcenter? Wenn Sie statt demokratischer Mitsprache sich bedingungslos den Forderungen des Chefs ergeben müssen? Wenn Sie mit wöchentlicher Schnäppchenjagd zum Konsum von billigen Wegwerfartikeln animiert werden und Sie so weiter in die Schuldenfalle geraten? Dann handelt es sich um einen akuten Fall von freiheitlich-demokratischer Marktwirtschaft.**

In so einer Marktwirtschaft steht die Freiheit an oberster Stelle. Leider berufen sich meist solche Gruppen und Personen darauf, die mit der Freiheit Geschäfte machen wollen. An erster Stelle sind hier die Banken zu nennen. Sie nutzen Schlupflöcher im komplizierten Besteuerungsrecht, um mit kaum nachzuvollziehenden Aktientricks Milliarden Gewinne zu erwirtschaften. Von »erwirtschaften« kann man hier gar nicht sprechen, denn die eigentliche Arbeit besteht in der Ausarbeitung eines ausgefeilten Betrugssystems. Sie werden zwar sagen: »Nein, das ist alles legal!« Aber es ist eben nicht nur der Gesetzestext maßgebend, sondern auch der Geist des Gesetzes.

Wenn allerdings eine Steuergesetzgebung dermaßen kompliziert ist, daß sie kein normaler Mensch mehr versteht, welchen Geist kann so ein Gesetz schon atmen? Den Geist der advokatischen Winkelzüge und des Über-den-Tisch-Ziehens? Dann erhält man genau die Tricks der Großkonzerne, die heute und schon immer beklagt wurden. Und warum sind die Leute im Lande so scharf auf Schnäppchen, die meist zum Bumerang werden? Weil Sie denken, sie machten ein gutes Geschäft mit dem reduzierten Einkauf dieser oder jener Sache. Oft ist dabei die reale Qualität des Teils viel geringer: Es verschleißt nach wenigen Monaten und dann steht wieder ein Ersatzkauf an. Das ist der »Wachstumsmotor« dieser Gesellschaft!

Dieser Zwang zum Wachstum führt dazu, daß sinnlos Geld ausgegeben wird, daß die begrenzten Ressourcen verschwendet werden und daß man sich immer im Hamsterrad der Jagd auf das günstigste Angebot bewegt. Mit dieser Art zu leben betrügen wir unseren Verstand und unsere Umwelt gleichermaßen.

Der Sinn des Lebens besteht nicht aus Shoppingattacken, die wellenförmig übers ganze Jahr gehypt werden. Der Sinn des Lebens besteht auch nicht in der Anhäufung von Geld und Aktien, von Besitz, Land und Häusern. Auch nicht in der Vergrößerung der Freundesliste bei Facebook und Instagram oder seiner Follower auf Twitter. Der Sinn des Lebens besteht darin, daß man für andere da ist.

Man sorgt sich um die Kinder und die Enkel. Man sorgt sich um die gebrechlichen Eltern. Man sorgt sich um die Freunde und Kollegen. Man sorgt sich um das Wohl der Firma... Ja, das gibt es auch, daß sich Arbeiter und Angestellte um ihren Arbeitsplatz Sorgen machen.

Wenn man sich Sorgen macht, sind andere Dinge wichtiger als Geld, als Macht oder Eigensinn. Da ist dann Kooperation wichtiger, man muß Zugeständnisse machen, wie das auch in jeder guten Ehe notwendig ist. Der Sinn besteht also in der Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Ist das der Sinn unserer freiheitlich-sozialen Marktwirtschaft?

Kommen wir zurück auf große wirtschaftliche Einheiten. Sorgen sich die Aktionäre eines Weltkonzerns um mitarbeitergerechte Arbeitszeiten der Angestellten? Sorgt sich der Aufsichtsrat einer Service-AG um die ordnungsgemäße Zahlung der Sozialabgaben seiner Mitarbeiter? Sorgt sich der Bereichsleiter um die Vereinbarkeit von Arbeit und Erholung bei Projektarbeitern?

Und schließlich: Sorgen sich internationale Immobilienbesitzer um die Bezahlbarkeit von Wohnungen in Großstädten? Sie sorgen sich wirklich! Aber nur darum, wie sich renditemäßig das beste Geschäft machen läßt. Wie man noch das Letzte aus Mitarbeitern und Mietern herausquetschen kann, um den Gewinn zu maximieren. Darin besteht der Sinn marktwirtschaftlichen Handelns!

Wenn die Seele auf dem Sterbebett gewogen wird, was wird dann von Bedeutung sein? Daß man den Konzernprofit um 1,3 Prozent gesteigert hat? Oder daß man tausende junge Familien ins finanzielle Elend gestoßen hat? Daß man zehn glitzernde Wolkenkratzer mehr in der Stadt hat? Oder daß mehr und mehr verwahrloste Obdachlose die Straßen und S-Bahnen füllen? Was wiegt mehr in der Waagschale des Schicksals? Die Marktverfechter werden sagen: »Was schert uns Himmel und Hölle. Das ist doch alles nur Betrug!«

Wirklich? Genau kann das nämlich niemand sagen ...

JÜRGEN GRAMZOW

# Veteranen

Alljährlich im zeitlichen Umfeld des sogenannten »Volkstrauertags«, dem modernen Heldengedenken, zu dem auch regelmäßig die Barnimer Bundeswehrkameradschaft »Alter Fritz« gemeinsam mit höheren Verwaltungsvertretern aus Stadt und Kreis an diversen Stellen Kränze und Gebinde abwerfen, wirbt die Deutsche Bundeswehr im Berufsinformationszentrum (BIZ) der Arbeitsagentur in Eberswalde um neues Kanonenfutter. In diesem Jahr berieten die Werbeoffiziere vom 20. bis 22. November Interessenten über die Karrierechancen im Kriegshandwerk.



Fotomontage: ECKHARD LAURICH

Wer sich mit der aktuellen Politik befaßt wird wissen, welche Pläne die Bundesregierung zwecks Landesverteidigung all over the world schmiedet und daß für die Berufarmee noch jede Menge Handlanger gesucht werden für die anstehenden Drecksarbeiten.

Folgen der vielen kriegerischen Handlungen und ungerechter Sozialpolitik sind Flüchtlingsströme und immer stärker werdender Rassenhaß nicht nur in der BRD. Wer Flüchtlinge willkommen heißt, gegen Ausländerhaß mobil macht und Demos organisiert, müßte logischerweise auch gegen jegliche Art der Verursachung mobil machen, in irgendeiner Form. Die aktuelle Kriegerwerbung in Eberswalde blieb indes weitgehend unreflektiert.

Neuerdings dürfen Soldaten, die »ehrenhaft« aus der Bundeswehr ausscheiden, offiziell als »Veteranen« bezeichnet werden. Passender wäre sicherlich die Bezeichnung »Ex-Söldner«.

Historisch betrachtet, ist das durchaus das gleiche. Veteranen die römischen Legionäre der späten Republik und des Kaiserreichs, wenn sie nach ca. 16 Jahren Kriegsdienst – die Ex-Legionäre waren dann etwa Anfang 30 – vom römischen Staat ein Stück Land bekamen, das sie mit einem halben Dutzend Sklaven bewirtschaften konnten. Die Klasse der Sklavenhalter – also die Basis des antiken Roms – wurde dadurch immer wieder aufgefrischt, wobei die Veteranen als eifrige Gefolgsleute ihres jeweiligen Heerführers galten, denen sie ihr Stück Land und das halbe Dutzend Sklaven verdankten – und für den sie bei Bedarf auch in die Bürgerkriege zogen.

Dieser Tradition wollen nun die BRD und ihre Kriegsministerin folgen. Ganz modern.

ECKHARD LAURICH und GERD MARKMANN

## WaldWeihnacht im Forstbotanischen Garten Eberswalde

Am 3. Advents-Wochenende lädt der Forstbotanische Garten Eberswalde von 14 bis 19 Uhr zur Wald-Weihnacht. Die Stiftung WaldWeiten lädt herzlich in den magisch beleuchteten Garten ein. Höhepunkt wird am Samstag wieder die Inszenierung mit Feuerzauber, Nachtwespen, Tänzern und mystischen Waldbewohnern, bei denen in diesem Jahr »Der Wunderapfel« für Aufruhr sorgt. Die schönsten Szenen werden am Sonntag nochmal aufgeführt. Für Kinder gibt es an beiden Nachmittagen einen »Waldlichtgang«, während sich mit besonderen Leckereien um das Wohl der Erwachsenen gekümmert wird. Eintritt: 3 Euro, ermäßigt 2 Euro (Sozialpaßinhaber), Kinder haben freien Eintritt.

1. Buchmesse für Verlage, Autorinnen und Autoren aus Brandenburg:

## Großes Interesse für hohe Ansprüche

**1. Dezember 2018, 10 Uhr, die große Deckenbeleuchtung im Veranstaltungssaal der Potsdamer Stadt- und Landesbibliothek wird eingeschaltet und die frischen, weißen Handschuhe bei den Büchern erstrahlen. Ja, derart besonders und wertvoll sind einige unter Brandenburgs schönsten Büchern, daß dieser unausgesprochene Hinweis aus Baumwolle ausliegen mußte, dem Ganzen so zugleich Feierlichkeit verlieh. Wer hatte gedacht, daß Brandenburg so schön sein kann?**

Der Tag war mit der Ankündigung der Buchmesse auf dem Titel der Potsdamer Neuesten Nachrichten eingeläutet worden, und das exakte 203 Millimeter im Lesefluß vor der Information über die Verleihung eines Innovationspreises für das Potsdamer Hasso-Plattner-Institut an erster Stelle. Das war ein Fanal, ein Anspruch vor der Unbestimmtheit der Uraufführung. Nachdem Brandenburgs Buchmacher von der Leiterin der Bibliothek, Marion Mattek, im klügsten Haus der Stadt Potsdam willkommen geheißenen wurden, füllte sich der Saal ganz sanft, leerte sich bis kurz vor 16 Uhr aber nicht mehr. Anhand der mitgenommenen Messekataloge ließ sich die Besucherzahl der 1. Buchmesse für Verlage, Autorinnen und Autoren aus Brandenburg schließlich mit 300 schätzen. Was sich jedoch als ausschlaggebender für die Begeisterung der Teilnehmer ergab, waren die hohen Ansprüche, das große Interesse, ja die Neugier des Publikums auf Brandenburger Bücher. Das Publikum kam nicht, um distanziert zu schauen oder Goodies einzusammeln, sondern die Besucher aus ganz Brandenburg und aus Berlin ließen sich auf eine intime Entdeckungsreise in ein papiernes Brandenburg ein, traten mit den Verlegern und Autoren in angeregte Dialoge ein und erfreuten jene sogar mit ihrer Bereitschaft, Brandenburger Bücher reichlich und selbst im hohen Preissegment der Sammler des ganz Besonderen zu ihrem Eigenen zu machen.

Die Messe war dazu gedacht und in der Lage, die brandenburgische Buchlandschaft in einer thematischen und stilistischen Vielfalt und auf höchstem Qualitätsniveau zu präsentieren, wie das bislang wohl einmalig war. Wissenschaftliches, Lyrisches, Narratives, Schwules, Fotografisches, Handwerkliches, Objekthaftes, Sinnliches, Illustriertes, Kunstvolles – jeder Ausstellertisch öffnete ein Schaufenster auf Eigenes, auch Eigenwilliges. Wenn es bei den Brandenburger Kreativen um das Ausleben ihrer Visionen geht, dann erscheinen die Skalen nach oben offen. Fast keine Frage, daß Brandenburger Buchmacher viele Preise in der Branche erobert haben: Jürgen Strauss aus Potsdam, Manuela Busch und Frank Wiemeyer waren mit ihrem Bildband über die Uckermark um den deutschen Fotobuchpreis nominiert, vacat und die Edition Galerie Vevais sind für ihren Anspruch, für buchgestalterische Qualität und die Auszeichnungen ja lange bunte Hunde in der Branche.

Die Diskussionen um die Schwäche des Landes Brandenburg, wenn es zum Thema »Identität« kommt, haben einen langen Bart, doch hier kamen fünfzehn kreative Entwickler visu-



Die Reihe der Neugierigen riß nicht ab.

eller und sprachlicher Handschriften zusammen, die viele Facetten Brandenburgs mit ihren vielfältigen Ausdrucksformen zur Sprache bringen, die im wahrsten Sinne des Wortes Identität prägen. Wer, wenn nicht die Schöpfer der geistigen Sphäre eines Landes? Die weitschweifige Leichtigkeit des pastellnen Potsdam findet sich im gesamten Verlagsprofil des vacat-Verlages emotional-atmosphärisch und zum Teil jenseits des Konkreten wie ideal in einem Spiegel; die das Oderbruch bezeichnenden, im Novemberdunst stakenden Weidenkadaver tauchen in den typografischen Entsprechungen rauschender Radierungen von Christiane Wartenberg wieder auf; die stillstehende Größe der »Uckermark« liegt erstarrt in den Fotos von Frank Wiemeyer und reflektiert in den der Landschaft zugemessenen knappen Worten von Manuela Busch; das immer noch gesuchte und ersehnte glanzvolle Berlin der Erinnerung, die alte Hauptstadt und der heutige Vorort Brandenburgs, führt auf den antiquierten, doch immer noch voller jugendlicher Frische steckenden Maschinen der Edition Schwarzdruck in Gransee mit um so viel mehr Authentizität ein Leben nach dem Tode, als es die Buntmacher und Verkitscher in der Metropole heute selber vermögen; der Havellandschaft gibt Rainer Ehrhart ein Gesicht in seinem Fontanorama in einer Expressivität, wie das kein Photoshop-Bildband der Tourismusforscher vermag; mit dem Sterben befassen sich sowohl die raumforschenden Arbeiten Constanze Kreisers als auch die Hans Jörg Rafalskis in Bezug auf

den Verlust der grandios und in der Mark bedeutend gewesenen Industriesphäre des Finowtals. Brandenburg findet in den Arbeiten seiner Kreativen zu einer Identität, und zu einer ganz starken. Man muß diesem Brandenburg keine Marketingideen erquälen, nichts aus dem Hut zaubern – die Identität ist längst da und in der Arbeit seiner Kreativen wie organisch dem Land entwachsen. Diese 15 plus eins Buch-Macher aus Brandenburg haben an ihrem ersten Messetag in Potsdam bewiesen, mit welcher Kraft und mit welchem Ideenreichtum sie es verstehen, ihr Land zu reflektieren und eine Brandenburger Identität zu stiften.

Die Teilnehmer, die bis aus den Fernen von Gransee, Schwedt, Cottbus und Brandenburg/Havel angereist waren, zeigten sich von dem neuen Messeformat, ihrem neu entdeckten, vermutlich jedoch angeborenerweise ganz natürlichen »Heimatort«, der Landesbibliothek, und vom hohen Anspruch ihrer Messebesucher begeistert. Das es eine Zweitauflage geben würde, stand früh außer Frage so wie die Erkenntnis, derzufolge Brandenburgs Bücher in dieses kluge Haus gehören, lediglich das Ausmaß des Schrittes, in dem das Format bereits bei der zweiten Ausgabe in einem Jahr weiterentwickelt werden kann, ist nun zu ermitteln. Also laden wir bereits heute zur 2. Brandenburger Buchmesse am ersten Dezemberwochenende 2019 nach Potsdam ein.

HANS JÖRG RAFALSKI (Veranstalter)  
mail@papierwerken.com

# Gewissen – gewissenlos

Es gibt Menschen, die haben ein Gewissen. Die stuft man in der Regel als gut und gutmütig, als zuverlässig und menschlich ein. Und dann gibt es eine untergeordnete Gruppe böser, unzuverlässiger Menschen. Dieser Gruppe gehört leider Frau Merkel und Frau von der Leyen an, die sich bald in vielen Ländern nicht mehr zeigen dürfen.

Wenn die beiden Christinnen wären, dürften sie doch nicht mit Gläubigen in eine Kirche gehen. Denn Kirchen stehen doch für den Frieden? Dort beten die Menschen für den Frieden. Als Deutsche sollten sich diese Frauen auch so verhalten.

Es gab Zeiten, wo Deutsche verflucht wurden. Manche wurden angespuckt, beschimpft und davongejagt: Du Faschist, du deutsches Schwein...

Die Mehrheit der Deutschen haben den Faschismus mitgemacht und so Schuld auf sich geladen – ohne selbst zum Verbrecher zu werden. Nach dem Krieg hat die Mehrheit die Lehren aus der Geschichte gezogen. In der DDR hatten faschistische Ideen keinen Platz. Die Menschen haben fleißig das zerstörte Land wieder aufgebaut und wollten Freundschaft mit den einst verfeindeten Völkern.

Die Sowjetunion war das Land, daß im Krieg gegen den deutschen Faschismus die größten Opfer brachte. 40 Jahre lang war die Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion ein Garant für den Frieden.

Ein Beispiel ist die Druschba-Trasse, wo FDJler aus der DDR nicht nur die Erdöl- und Erdgasleitungen zur Sicherung der Energieversor-

gung, sondern auch Wohnungen, Krankenhäuser, Schulen und Betriebe bauten. Den Erbauern sei heute noch Dank und Anerkennung dafür ausgesprochen.

Und so läßt sich vieles aufzählen: Die Talsperrren gegen das Hochwasser, die Wiesche in der Magdeburger Börde oder der Rostocker Überseehafen.

Die junge Generation nach dem Krieg wurde durch Vorbilder wie Gustav Adolf Schur und die Textilfagarbeiterin Frieda Hockauf geprägt. Millionen eiferten ihnen nach.

Heute ist der Frieden wieder in Gefahr. Von Freundschaft mit Rußland, dem Nachfolgestaat der Sowjetunion, ist heute keine Rede mehr. Es wird hemmungslos aufgerüstet und die Stationierung von NATO-Truppen an der Grenze zu Rußland vorangetrieben.

Die jungen Genossen von der DKP und Sympathisanten haben am letzten Novemberwochenende wieder das große Transparent an mehreren Straßenkreuzungen und am Bahnhof in Eberswalde ausgerollt: Frieden und Abrüsten! Kein deutscher Soldat an den russischen Grenzen!

Die Aufmerksamkeit der Passanten war sehr groß. Natürlich kam es auch zu lebhaften Diskussionen, was uns immer wieder ermuntert und angespornt hat.

Ganz besonders aktiv war der Genosse Andreas, der wie ein Reporter auf die Menschen zuzug. Die jungen Genossen wollen derartige Aktionen wiederholen.

**Entwickelt jetzt Aktivität – wenn Bomben fallen, ist es zu spät!**

NORBERT GLASKE

## Die Brandenburger Abwasserwirtschaft

**Ostdeutsche Politiker hätten nach der Wende nicht auf westdeutsche Abwasserlobbyisten hereinfallen dürfen. Anstelle auf teure Abwasserentsorgung in großen zentralen Klärwerken mit langen Druckleitungen hätten sie auf nachhaltige Verwertung in modernen ortsnahen und Kleinkläranlagen (KKA) setzen müssen.**

Etwas verspätet hat Die Linke im Bundestag dazu 2008 ein wertvolles Diskussionspapier unter der Überschrift »Dezentralisierung und kreislauforientierte Abwasserentsorgung – eine Perspektive für die ostdeutsche Wasserwirtschaft?« von Nikolaus Geiler veröffentlicht. Auch die EU sieht für ländliche Räume als dezentrale Entsorgung KKA und Mehrfachnutzung des Wassers und gerade nicht Hausgruben mit Entsorgung in zentralen Klärwerken vor.

Nur getan hat sich in Brandenburg in dieser Richtung nichts. Offensichtlich sind noch heute Bau und Betrieb von KKA – auch mit Pflanzbeeten und praktisch Null-Emission – politisch nicht gewollt, wie hohe bürokratische Hürden und pro Jahr doppelte Überwachungskosten im Vergleich zu anderen Bundesländern zeigen.

Die in Brandenburg favorisierte Ableitung geklärter Abwässer anstelle einer kreislauforientierten Verwertung erfüllt angesichts einer

Vielzahl von wenig leistungsfähigen und häufig trocken fallenden Vorflutern gerade nicht die rechtlich vorgegebenen Ziele zum Schutz von Grundwasser und Oberflächengewässern.

Durch Biberbauten in Vorflutern werden häufig große Mengen an nährstoffreichen geklärten Abwässern gestaut, die dann nach Starkregen in nachgelagerte Seen gespült werden und zu massivem Algenwachstum führen, wie 2018 im Eiserbuter See und im Hellsee.

Im Barnim wird ein großer Teil des Abwassers über bis zu dreißig Kilometer lange Druckleitungen ins GROBKLAERWERK SCHÖNERLINDE gepumpt. Mangels Vorfluter fließen jährlich 40 Millionen Kubikmeter, nach Aussage des Bezirksamtes Pankow nur »vorgeklärte« und »teilweise belastete« Abwässer – nach eigenen Messungen mit bis zu 100 Miligramm Nitrat – über rund sechs bis fünfzehn Kilometer lange Gräben in die Panke beziehungsweise ins Tegeleler Fließ.

## Wandertips

von BERND MÜLLER

### 15. Weihnachtswanderung

Mittwoch, 26. Dezember, Wanderung zu Lug ins Land, Wasserfall und Froschmaul, 2,5 Stunden.

Die Wanderung führt uns bereits im 15. Jahrgang durch den Cöthener Urwald über die Berge zu Froschmaul und Lug ins Land. An der Park-Hütte im Park Carl von Jena ist eine Kaffeerast geplant. Rückweg zum Mon Choix.

Wanderleiter Wolfgang Bülow / Organisation Bernd Müller. Treff: 13.30 Uhr Waldgaststätte Mon Choix, Cöthener Weg 4, 16259 Falkenberg

### 15. Silvesterwanderung auf den höchsten Berg Ostbrandenburgs

Montag, 31. Dezember, ca. 2 Stunden

Die Wanderung führt uns durch den herrlichen Winterwald auf den Semmelberg, dem mit 158 m höchsten Berg Ostbrandenburgs. Durch schönen Nadelbaumwald geht es zurück. Kaffeerast eingepflanzt. Wanderleiter Corinna Gerber

Treff: 13.30 Uhr Forsthaus Bodenseichen an der B 158 bei 16259 Bad Freienwalde

### Neujahrspaddeln in Oderberg

Dienstag, 1. Januar 2019, Neujahr

Gemeinsam in das neue Jahr starten. Dazu lädt die Sektion Kanu »Kanuverleih Oderberg« der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. unter Leitung von Karsten Förster am Neujahrstag ein. Geplant ist eine kleine Ausfahrt auf der alten Oder mit dem Kanu, Gemütlichkeit am Lagerfeuer mit Glühwein, Kaffee, Kuchen und Gegrilltem. Eintritt Frei.

Treff: 14.00 Uhr Kanu Verleih neben Schiff »Riesak«, Herrmann-Seidel-Str. 62, 16248 Oderberg

Anmeldung unter 03344/3002881 oder wandermueller@aol.com. Wenn nicht anders angegeben, werden folgende Organisationsgebühren erhoben: Erwachsene 3 €, ermäßigt 1,50 €, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

Dabei versickert in den nicht betonierten Gräben natürlich ein Teil des Abwassers und gelangt ins Grundwasser. Vom Gewässerschutz kann also gar keine Rede sein. Dagegen war im rund dreißig Kilometer vom Klärwerk entfernten Melchow eine für 1000 Einwohner geplante ortsnah Kläranlage nicht genehmigungsfähig, weil die überschaubaren Mengen an geklärtem Abwasser in einem wenig Wasser führenden Vorfluter nicht versickern sollten, das sie in Berlin aber nun dürfen.

Offensichtlich ist in Brandenburg die Auslastung von großen Klärwerken wichtiger als Gewässerschutz. Müssen deshalb Abwasserkunden nicht, wie immer behauptet, für Gewässerschutz sondern vor allem für Wirtschaftsförderung zahlen?

Dr. VOLKER NITZSCHE

Anzeige



## Grillen zu Weihnachten?

**Warum nicht? Grillen sind gesund, das weiß doch jedes Kind. Und das bestätigt auch ein neuer Forschungsbericht. Doch nicht vom sommerlichen Grillvergnügen ist die Rede. Stattdessen haben Forscher der Universität Wisconsin den Gesundheitsaspekt eßbarer Grillen untersucht.**

Mit den INSTINCT Insekten-Snacks von Bearprotein in den Geschmacksrichtungen Apfel-Zimt und Salzige Schokolade bist Du auf der richtigen – der gesunden – Spur.

Unseren Insekten-Snack INSTINCT Snack Salzige Schokolade mögen vor allem Leute, die es weniger süß mögen. Die Zutaten mit der dezent gesalzenen Schokolade ergeben eine kräftige und raffinierte Mischung.

**Richtig weihnachtlich wird es mit unserem INSTINCT Snack Apfel & Zimt. Schon meine Oma machte zu Weihnachten leckere Bratäpfel mit Zimt.**

Beide INSTINCT Insekten-Snacks kommen übrigens ohne Kristallzucker aus und werden vollständig aus biozertifizierten Rohstoffen hergestellt. Auch unsere Grillen werden biologisch nachhaltig gezüchtet und schonend verarbeitet.

Damit Du für Deine Lieben INSTINCT unter den Baum legen kannst, haben wir uns exklusiv für die Leserinnen und Leser der »Barnimer Bürgerpost« ein besonderes Angebot ausgedacht. Als kleines Geschenk in der Weihnachtszeit gibt es von uns einen 15-Prozent-Rabattgutschein in unserem Online-Shop oder bei einer Bestellung über die BBP-Redaktion. Damit die Freude noch etwas größer wird ist kostenlose Lieferung inklusive.

Der Gutschein gilt bis zum 31. Januar 2019. **Gutscheincode: Instinct2018**  
 Bearprotein GmbH, Friedrich-Ebert-Straße 12, 16225 Eberswalde (Alexander Pfaff und Diana Ohl, Kontakt: E-Mail: hallo@yourinstinct.de, Online-Shop: www.yourinstinct.de).

## Barnimer Bürgerpost

### Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)  
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle:  per Bankeinzug  per Rechnung

IBAN  BIC  Bank

Name, Vorname  Straße, Hausnummer

PLZ, Ort  Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

**Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde**  
 (Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)

## Diaspora extrem

Vortrag über Land, Leben, Leute und Kirche in Grönland

Der Förderkreis Herz-Jesu-Kirche Bernau e.V. lädt für den kommenden Donnerstag zu einem Vortrag der besonderen Art. Vereinsvorsitzender Péter Vida berichtet über Land und Kirche in Grönland.

Dabei werden spektakuläre Bilder und Berichte von der einwöchigen Reise an 3 Orte der autonomen dänischen Region präsentiert. Eindrücke von Begegnungen mit Einheimischen, Regierungsvertretern und Geistlichen werden das kaum bekannte Land den Interessierten näherbringen.

Dabei wird das Leben in einmaliger Natur verbunden mit den besonderen sozialen Herausforderungen ebenso beleuchtet wie die Rolle der Kirche in unwirtlicher Umgebung.

Der Vortrag wird durch junge Künstler musikalisch umrahmt. Im Anschluss wird zu einem kleinen Empfang geladen. Alle Interessierten sind herzlich willkommen. Die Veranstaltung findet am Donnerstag, den 13.12.2018 um 18:00 Uhr in der Herz-Jesu-Kirche Bernau, Bahnhofstr. 9, 16321 Bernau statt.

**PÉTER VIDA, Vereinsvorsitzender**  
 Förderkreis Herz-Jesu-Kirche Bernau e.V.

### Rentensprechstunde

»Brandenburgische Rentnerinitiative«  
 Rentenempfänger können einmal im Monat Fragen zu ihren Rentenbescheiden klären. Der Arbeitskreis »Brandenburgische Rentnerinitiative« gibt Hilfestellung beim Lesen der Bescheide und Formulieren von Widersprüchen. Die nächsten Termine sind wie gewohnt am zweiten Mittwoch des Monats, am 12. Dezember und am 9. Januar, jeweils 10 bis 12 Uhr im Objekt der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 (Richterplatz) in Eberswalde.

ANDREA HOEHNE

## impresum

**herausgeber:** Barnimer Bürgerpost e.V.

**anschrift:** Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

**telefon:** (0 33 34) 35 65 42

**e-mail:** redaktion@barnimer-buergerpost.de

**internet:** www.barnimer-buergerpost.de

**redaktion:** Gerd Markmann

**druckerei:** Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

**redaktionsschluß:** 5. Dezember 2018

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 2. Januar 2019.